



**KOSTENLOS**

# Gegenwind

**Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz**

Gegenwind 200

Wilhelmshaven

Juli / August 2004

## Gegenwind x 200!

Seit fast 30 Jahren stellen Wilhelmshavener BürgerInnen eine Gegenöffentlichkeit her. Seite 3

# 200

Demografisches zu Wilhelmshaven finden Sie auf Seite 4. Wir lauschten auf einer SPD-Veranstaltung.

Die Auszubildenden der Stadt sind sauer: Sie werden "nicht mehr gebraucht". Auf Seite 5 gibt es dazu weitere Informationen.

Kultusminister Busemann ist auch in diesem Gegenwind präsent. Auf Seite 6 dokumentieren wir einen offenen Brief der GEW.

Mitglieder von Greenpeace informieren die Öffentlichkeit über genmanipulierte Futter- und Lebensmittel. Wir informieren Sie auf Seite 7.

Arbeitslosengeld II - da steht vielen BürgerInnen Schlimmes bevor. Mehr dazu auf Seite 8.

Auch die IG Metall zieht hinter die Auswirkungen der sozialdemokratischen Regierungspolitik zu Felde. Unser Bericht zum Arbeitnehmergehren auf Seite 15.

Ruhig geworden ist es um den neuen Busfahrplan. Wir meinen auf Seite 10: zu Unrecht.

Wer kennt nicht die Geschichte vom Zappelfilipp? Um Probleme der ADS-Kinder geht es auf Seite 11.

Unsere säuberlich zusammengekehrten Ratssplitter finden Sie auf Seite 12.

Die Europawahl ist zwar schon einige Wochen vorbei - wir berichten dennoch auf Seite 13.

Auf Seite 14 präsentieren wir Ihnen ein Gespräch mit dem SPD-Unterbezirkvorsitzenden Norbert Schmidt.

Sind 20 Cent für eine CD zu viel? Auf Seite 16 geht's um die Preise der Stadtbücherei.



(ehem. Rotdorn) Nummer 39

Wilhelmshaven, Juni/Juli 1982



### RUSCHEREI IN DER KRISE

Konflikte um das erste Whv'er Stadtteilhaus

Das erste Wilhelmshavener Stadtteilhaus, die "Ruscherei" in Altengroden steckt in einer Krise. Nach einem hoffnungsvollen Beginn im letzten Jahr - kam es bald zu Auseinandersetzungen um die Arbeit im Haus. Menschliche Unstimmigkeiten und kulturpolitische Meinungsverschiedenheiten verquickten sich unheilvoll. Der Höhepunkt: Nach monatelangen Reibereien kündigte der "Förderverein Stadtteilhaus Altengroden e.V." dem Leiter der Ruscherei, Hajo Krads. Droht aus der Ruscherei ein bloßes Vereinsheim oder eine "kommunale Kneipe" zu werden?

Die Ruscherei "wurde von der Ruscherei Stredlich Herrard" ließ es in einer Pressekündigung des Stadtteilhauses im Oktober 1981. Die umfangreichen freiwilligen Arbeitstätigkeiten des Altengrodenener Bürgervereins, der dortigen Sozialdienstkreise und anderer Helfer tragen erste Früchte. "Kampfer" konnten von dem Bedarf nach einem Gemeinshaus in Altengroden überzeugt werden.

Die Ruscherei-Komitee der Kneipe- und Kulturvereine Altengroden gliedert - bis

tot für jeden etwas: Vortragsabende und Kneipenabende, Filmabende und politische Veranstaltungen, Arbeitsgemeinschaften, Musikabende, Kunstausstellungen und Lesekreise. Die Ziele des Hauses: "Kommunikation, Kreativität und Musikalität des Bürgers mit seiner Umwelt" werden erreicht. Eine "entscheidende Leistung", wie einer der "Väter" der Ruscherei betont.

Das Modell erscheint nachahmenswert: **Verfaltung 5.**

### Der alte Rotdorn heißt jetzt Gegenwind

Nach fast vierjähriger Rotdorn-Arbeit müssen die bisherigen Rotdorn-Macher dem Blatt einen neuen Namen geben. Die bisherige Arbeit wird jedoch fortgesetzt. Was sich hinter der Umbenennung verbirgt, ist auf Seite 2 zu lesen.

### ARBEITSDIENST

durch Sozialförderer? Diese Paradoxie hat Frau Karin Patzelt (CDU) kürzlich in der Sozialausschussberatung des Rates aus- bzw. Patzelt möchte nach Berliner Muster Sozialhilfepfänger ausschließlich zu öffentlichen Arbeiten heranziehen. Stadtrat Horst Kasperler (LID) stellte fest, daß dies in der Verwaltung geprüft werden. Man stelle sich eine Sozialhilfepfängerin mit vier Kindern vor, die zum "öffentlichen Wohl" im Winter schneesicheren oder im Sommer Unkrautweiden darf! Hätten wir das nicht schon mal? wk

### VERDOPPELT

werden soll die jährliche Fahrkostenprämie für NutzerInnen von ca. 450,- DM auf 900,- DM. Um das Geld wieder herauszubekommen, will man bei der Festlegung der öffentlichen Gebühre zuzun. Diese liegt in privaten Händen. Die Rechnungen zuzule werden die privaten Busgesellschaften wegen der stark verringerten Arbeiter Beiträge (!) zahlen zu müssen. Wir wünschen unseren Volkstrotzern ein gutes Gelingen bei ihren Fahrten durch die Stadt. wk

Wir schauen nicht, wenn der Kampf beginnt und läßt andere kämpfen für ihre Sache, der sollte sich verbinden, denn, wer nicht geht hat den Kampf, der wird teilen die Niederlage (bei uns)

# meldungen

## Super-Angebot für MusikerInnen

Ab sofort steht das Fair-Café inkl. Technik und Personal für Live-Konzerte montags kostenfrei zur Verfügung. Um GEMA-Gebühren zu sparen, wird kein Eintritt erhoben. Angesprochen sind

Bands/Künstlergruppen "on tour" mit einem Off-Date

Bands, die sich für einen Wochenend-Konzert-Termin im Fair-Café bewerben möchten

Bands, die Bühnenerfahrung sammeln und in der Region bekannt werden möchten  
Alle Konzerte werden auf Video kostenlos mitgeschnitten, Material ist mitzubringen (2 Hi-8-Camcorder-Cassetten 90 Minuten und 2 VHS-Video-Cassetten mind. 180 Minuten.)

Bands/Künstlergruppen, deren Stammsitz mehr als 200 km entfernt liegt, erhalten sogar kostenlose Übernachtung im Künstler-Apartment und freies Catering.

Nachdem sich das Fair-Café vor Anfragen wegen Auftrittsmöglichkeiten nicht mehr retten konnte, wurde beschlossen, den Ruhetag zu opfern. Montags haben Musiker oft einen auftrittsfreien Tag. Wenn sie "on tour" sind, bedeutet das: Hotelkosten, Verpflegungskosten, irgendwo die Zeit bis zum nächsten Auftritt überbrücken. "Wenn dann das Fair-Café auf dem Weg liegt, kommt es vor, dass eine Band dort einkehrt und übernachtet. Und nach dem Abendessen ein Konzert gibt", erklärt Reinhard Hartwig vom "ungewöhnlichsten Musik-Club Deutschlands" den pragmatischen Ansatz.

Interessenten bewerben sich unter fairhandelschaus.schortens@ewetel.net mit Bild und Presstext. Promo-Packs nur nach Auforderung schicken!

Das nächste Wochenendkonzert bestreitet am Freitag, den 20. August "Barney's Boogie Train".

Fairhandelshaus Schortens, Accumer Str./Birkenstr., 26419 Schortens/Grafschaft. Tel. 04423/709360, Fax 709361. Email: fairhandelshaus.schortens@ewetel.net  
Internet: <http://www.fair-cafe.com>

## Verjüngt

wurde die Sparkasse Gökerstraße. Nach einer Umbauphase von einem halben Jahr präsentiert sie sich den Kunden modern und zukunftsorientiert. Die Sparkassenfiliale Heppens ist in diesem neuen "Finanzzentrum" aufgegangen, sprich: Sie wurde geschlossen.

Verjüngen wird sich deshalb zwangsläufig der Kundenkreis, der noch allein zur Sparkasse gehen kann. Für die zahlreichen betagten Heppenser, die ihr Konto bei der Sparkasse Heppens hatten, ist die Schließung ihrer Filiale an der Heppenser Straße eine weitere Erschwernis, nachdem schon vor einiger Zeit die Heppenser Post dicht gemacht wurde. Eine Postagentur ist etwa 200 Meter weiter im "Neukauf" Zedeliusstraße eröffnet worden. Für Bewohner des Lindenhofes z.B. und für die vielen alten Leute aus dem Inselviertel ist dieses Mehr an Strecke schon sehr schwer zu bewältigen. Der Umzug des Kontos von der Heppenser in die Gökerstraße macht ihnen das Leben noch ein bisschen schwerer.

## Offener Brief an die Wilhelmshavener Zeitung

Sehr geehrter Herr Westerhoff, am 25.06.2004 (Freitag vergangener Woche) ist die Einspruchsfrist zum Planfeststellungsverfahren des JadeWeserPorts abgelaufen. Die Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" hat Ihnen am 25.06. eine Pressemitteilung, mit der Bitte um Veröffentlichung, zugeleitet. Diese ist bis heute nicht erschienen. In dieser PM haben wir aufgezeigt, dass die BI über 300 Einwendungen bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Aurich persönlich abgegeben hat. Ich nehme an, dass die Nachfragen der Wilhelmshavener Zeitung bei der WSD ergeben hat, dass insgesamt ca. 2.000 Einwendungen gegen dieses Vorhaben eingegangen sind.

Lassen Sie mich eine Vermutung anstellen: Wären lediglich wenige Einwendungen der "Panikmacher aus Voslapp" eingereicht worden, hätte bereits am Samstag in der WZ (Titelseite) gestanden "Meilenstein - JadeWeserPort - lediglich 50 Einwendungen gegen den Hafen - Bürgerinitiative kann noch nicht einmal ihre Mitglieder mobilisieren". Im folgenden wären die "Größen" aus Wirtschaft und Politik zu Wort gekommen. Der Schlussatz hätte lauten können: Angesichts der überwältigenden Zustimmung kann die BI ihre Arbeit einstellen, es hört ihr sowieso niemand zu.

Jetzt fragt sich nur, was die Sparkasse damit meint, wenn sie erklärt, "sie lege Wert auf kurze Wege".(noa)



## Wer ist hier der Schauspieler?

### Neuestes Stück von Frank Fuhrmann versetzt den Zuschauer in seine eigene Rolle

Von dem "Jungen Theater" und den Ideen von Frank Fuhrmann ist man in Wilhelmshaven in Sachen Kreativität ja schon einiges gewohnt. Und es geht weiter. In dem aktuellen Stück "Mord im Foyer" wird dem Zuschauer eine ganz persönliche Rolle verpasst; er nimmt unmittelbar an der Handlung teil. Bühne und Besucherraum verschmelzen im Foyer des Stadttheaters zu einem. Der Zuschauer findet sich mit dem Schritt durch den Eingang in der Rolle eines geladenen Gastes auf der Gala anlässlich der Premiere des Musicals "Graf Dracula" wieder. Ein schöner Abend soll nun verlebt werden, doch schnell wird offensichtlich, dass hier etwas nicht stimmt. Intrigen, Pannen bei kurzen Ausschnitten aus der Produktion und Liebesaffären häufen sich. Als dann noch ein schrecklicher Mord am Hauptdarsteller des Musicals geschieht, bricht endgültig das Chaos aus. Gäste sowie Schauspieler rätseln, wer der Mörder unter ihnen ist. Und kei-

Nun sind über 2000 Einwendungen eingegangen - darunter einige, an denen sich die Planer des JWP die Zähne ausbeißen werden.

Es mag für die WZ nicht einfach sein, ihrer Leserschaft zu verkaufen, warum so viele Einwendungen eingereicht worden sind. Es mag auch nicht einfach sein, die Leser darauf vor zu bereiten, dass das Verfahren möglicherweise länger dauern könnte, als bisher gebetsmühlenartig verbreitet wurde. Noch schwieriger könnte es werden, wenn die BI wieder einmal "auf der richtigen Schiene" war (siehe WZ 29.06 "Wie viel Hinterland braucht ein Hafen")

Ich möchte Sie aber daran erinnern, dass der Begriff "Pressefreiheit" nicht nur das Recht beinhaltet, über alles berichten zu dürfen. Auch die Verpflichtung über Dinge berichten zu müssen, wenn es mal nicht so läuft, ist Bestandteil der Pressefreiheit.

Es würde mich freuen, wenn nun, nachdem die Einspruchsfrist abgelaufen ist, die WZ auch über die "Kritikpunkte" objektiv berichten würde.

**Manfred Berger**  
**Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort"**

von Münnichstraße 15  
26388 Wilhelmshaven

P.S. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser offene Brief, auch wenn er das Verhalten Ihrer Zeitung kritisiert, trotzdem Ihrer breiten Leserschaft präsentiert werden würde.

nem kann man trauen...

In diesem Stück verschwimmen die Theaterkunst und die Realität auf wunderbare Weise miteinander. Vor dem Hintergrund eines geheimnisvollen zeitlosen Ambientes stellt man sich zwangsläufig die Frage: Wer ist hier der Schauspieler? Wem schon "Mord auf hoher See" gefiel, der wird "Mord im Foyer" lieben. "Junges Theater", alle Achtung!

Weitere Aufführungen finden am 28. und 29. August wie auch am 5. und 12. September im Foyer des Stadttheaters Wilhelmshaven, Virchowstr. 44, statt. (as)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 12  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
Fax: 0180-5060 3441 9546  
eMail: [gegenwind.whv@t-online.de](mailto:gegenwind.whv@t-online.de)

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Arne Schulz, Thorsten Schimming, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;  
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.600 Exemplare  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 21.07.2004

**Gegenwind im Internet:**  
**[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)**

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

# 200 mal Gegenwind

## Ohne Gegenwind wäre vieles anders gelaufen

(hk) Auf ungefähr 3.000 Seiten veröffentlichte der Gegenwind in den vergangenen 28 Jahren Informationen und Meinungen, "die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten" (aus der Gegenwind-Präambel). 200 Gegenwind-Ausgaben sind für uns ein Anlass, uns selbst einmal in den Vordergrund zu stellen.

### Am Anfang war der Rotdom

1976 brachten die Wilhelmshavener Jungsozialisten die erste Nummer heraus. Schnell etablierte sich

der Rotdom zu einem unverzichtbaren



Lichtblick in der auch damals schon sehr öden Presselandschaft Wilhelmshavens. Die Themen des Rotdom sind mit denen des heutigen Gegenwind vergleichbar: kommunale Politik auf dem Prüfstand.

### Der erste Gegenwind: Nummer 39

Im Sommer 1982 kam dann der große Krach: Die MacherInnen des Rotdom wendeten sich ab von der SPD. Gründe für diesen Schritt gab es damals mehr als genug. Die SPD-Führung beschloss, dass der Rotdom eine Zeitung der SPD sei, und verbot der ausgetretenen Redaktion, eine Zeitung namens Rotdom herauszubringen. Die Redaktion beschloss daraufhin, aus dem Rotdom einen Gegenwind zu machen. Der Rotdom existierte als Juso-Zeitung für einige Ausgaben neben dem Gegenwind weiter. Die obrigkeitshörigen Jung-Genossen wünschten den Abtrünnigen in ihrer ersten Ausgabe viel Glück: "Nachdem diese Leute sich ihrer Stachel entledigt haben, versuchen sie ihr laues Lüftchen zu einem Gegenwind zu zwingen. Viel Glück.", hieß es in ihrer ersten Ausgabe.

Der Rotdom erschien noch für einige Mo-

*Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales. Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen. Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.*

nate - dann entschlief er sanft im Schoß der Partei. Der Gegenwind dagegen briste auf und entwickelte sich zu einem Informationsmedium, das der Wilhelmshavener Zeitung und noch mehr den etablierten Parteien Kopfschmerzen bereitete.

Im Juni 1988 kam die nächste Krise: Wolfgang Kuschel, geistiger Vater und treibende Kraft des Gegenwind, wollte als Re-

dakteur Schluss machen. Allen war klar: Ohne Kuschel würde es keinen Gegenwind mehr geben. Scharf darauf, den Gegenwind weiterzumachen, waren in der noch recht bunten politischen Landschaft Wilhelmshavens eine Menge Leute und Gruppen. Doch Kuschel wollte "sein Kind" nicht einfach abgeben. Der Gegenwind-Verein suchte jemanden, der "Überparteilichkeit, Sachlichkeit, Zähigkeit und Ausdauer" in sich vereint. Die Wahl fiel auf Hannes Klöpfer, seit Mitte der siebziger Jahre einer der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshaven (BUW). Dieser ist seit September 1988 der verantwortliche Redakteur des Gegenwind.

### Eine rundemeuerte Redaktion

Die neue Redaktion stand fast vor dem Nichts: Alle Kontakte, die die Ex-Gegenwindler hatten, gewachsen aus jahrelanger Zusammenarbeit mit der SPD und anderen Organisationen und Personen, waren weg. Aus der alten Redaktion blieb nur Erwin Fiege. Und so entstand zwangsläufig ein ganz neuer Gegenwind. Die Kürze und Schärfe der Artikel aus der Kuschel-Zeit wurden durch Analyse und Tiefgründigkeit ersetzt. Es kamen viele Kritiken, dass der Gegenwind sich zu einem 'Magazin' entwickelt und dass ihm der "Biss" fehlt. Inzwischen ist klar, dass der Gegenwind seinen Biss in seiner inhaltlich fundierten Auseinandersetzung mit der kommunalen Politik gefunden hat, wobei wir uns immer noch freuen, wenn wir in unseren Meldungen und Artikeln spitze Pfeile gegen den einen oder anderen Kommunalpolitiker oder andere Honoratioren von der Sehne lassen können.

Oberstes Gebot des Gegenwind ist, dass er ausschließlich über kommunale Themen berichtet, was wohl auch der Grund dafür ist, dass der Gegenwind die am längsten durchgängig erscheinende Stadtzeitung der Republik ist. Natürlich gibt es Ausnahmen von dem Dogma: Der Irak-Krieg, der Krieg der Nato gegen Jugoslawien, die Kampfhundeverordnung oder die Vergiftung unserer Nahrungsmittel (BSE) sind zu Themen im Gegenwind geworden.

Der Gegenwind bietet all denen ein Forum, die in der Stadt kein Gehör finden. Der Gegenwind unterstützt durch seine Veröffentlichungen die Bürgerinitiativen und andere Basisgruppen.

### Saubere Recherche

Das oberste Gebot der Gegenwind-Redaktion ist: sauber recherchieren - auch wenn diejenigen, die von uns angegriffen werden, gerne das Gegenteil behaupten. Es kam natürlich auch vor, dass wir falschen Informationen aufgesessen waren und diese auch veröffentlichten. Ein solcher Fall hätte vor einigen Jahren den Gegenwind fast in die Knie gezwungen. Durch die Unterstützung unserer LeserInnen und MitarbeiterInnen konnten wir den finanziellen Zusammenbruch verhindern.

Seit Mitte 2000 veränderte der Gegenwind seine Erscheinungsweise von 8mal jährlich auf monatlich - nur in den Sommerferien bzw. zum Jahreswechsel kommt es da noch immer zu Abweichungen. Wichtig für uns und unsere LeserInnen ist nur, dass alle wissen:

**Der nächste Gegenwind kommt bestimmt.**

## Gute Straße - schlechte Straße



**Weise Voraussicht?** Man lässt das Schild an der renovierten Straße stehen, weil die Straßenschäden ja sicher in einen paar Jahren wieder kommen werden? Klar ist ja eines: Die Straße wird länger kaputt als heile sein!

**Sparmaßnahme?** Die Personalkosten für das Entfernen des Schildes sind zu hoch?

Oder mangelnde Lagerkapazität - wo soll das Schild so lange hin? - Wir wüssten viele Plätze: In Tonndiech und Heppens und Bant (siehe Bild rechts) sind viele Straßen so kaputt, dass wir uns jedes Mal wundern, wenn das Auto die Fahrt überstanden hat.

# Ernst, aber nicht hoffnungslos

## Stadtbaurat geht der Schrumpfung auf den Grund

(iz) In einer bundesweiten Demografie-Studie hat Wilhelmshaven sehr schlecht abgeschnitten. Teile von Politik und Verwaltung reagierten schockiert und ablehnend, obwohl die Fleißarbeit der Forscher als Hilfestellung für konkrete Veränderungen gedacht war. Stadtbaurat Klaus Kottek hat sich konstruktiv damit beschäftigt und sieht Chancen wie Grenzen unserer Stadtentwicklung erfrischend realistisch.

“Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkung auf unsere Stadt” betitelt Kottek seinen Vortrag, zu dem sich kaum 20 Mitglieder verschiedener SPD-Ortsvereine (immerhin trotz Fußball-EM) im “Pelikan” einfanden. Die erkenntnisreichen Ausführungen boten Stoff für eine offen wie sachlich ausgetragene Diskussion. An Hand einiger Tabellen und Grafiken aus dem “Stadtistik-Report” erläuterte Kottek wesentliche Trends und Fakten mit wohlthuender Offenheit und ohne sie schön zu reden.

### Differenzierte Betrachtung

Das Berliner Forschungsinstitut für Demografie hatte prognostiziert, dass die Wilhelmshavener Bevölkerung bis 2020 um mehr als 15 Prozent schrumpfen wird. Einige falsche Datengrundlagen hatten im Vorfeld zu Zweifeln am Wahrheitsgehalt der gesamten Studie geführt. Kottek stellte das differenzierter dar. Die Landesstatistik wird aus organisatorischen Gründen nur alle 10 Jahre bereinigt. Es sind genau 3 Jahre (1996-98), die als “Ausreißer” bei der Trendberechnung ein verzerrtes Bild ergeben. Demnach würde es 2016 nur noch 70.350 WilhelmshavenerInnen geben. Kottek zeigte den bereinigten Trend in verschiedenen Varianten:

Variante	Bevölkerung 2016	Beschreibung
“worst case”	70.500	Verschärfung des jetzigen Abwärtstrends
status quo	77.000	Fortsetzung des derzeitigen Trends
ausgeglichen	80.000	ausgeglichene Wanderungsbilanz, nur natürliche Bewegungen*
Zuwachs	85.000	300-500 Zuwanderer pro Jahr
<i>31.12.2003: 83.387 Einwohner *Geburten und Sterbefälle</i>		

Der Stadtbaurat ließ keinen Zweifel daran, dass sich trotz bereinigter Prognose und allen Anstrengungen die Einwohnerzahl schwerlich stabilisieren lassen wird. “Die Strukturen werden so eintreffen wie vom Landesamt vorhergesagt. Da kommen wir nicht dran vorbei - egal welche Bevölkerungspolitik wir machen. Selbst mit der bereinigten Prognose kann man keine Werbung machen.”

### Die Konkurrenz schläft nicht

Ziel müsste zunächst sein, die derzeitige Zuwanderung zu halten. “Wichtig ist es, bei allen Maßnahmen der Erste zu sein - weil alle Städte um Einwohner kämpfen.” Ein wichtiger Aspekt, der überzogenen Optimismus dämpft und ein hohes Maß an Kreativität einfordert.

Schrumpfende Einwohnerzahlen wirken sich auf die Infrastruktur wie z. B. Schwimmbäder aus: Gleichbleibende Fixkosten müssen auf immer weniger Nutzer umgelegt werden. Hohe Nutzungspreise senken die Nach-

frage. Müssen Einrichtungen geschlossen werden, wird die Lebensqualität in der Stadt weiter geschmälert: Teufelskreis. Die Kosten-Unterdeckung wird nach Kotteks Schätzung von jetzt 19,5 Mio Euro bis 2016 auf 21,6 Mio ansteigen. Nach Kotteks Einschätzung müsste man alle Bäder “einstampfen” bis auf ein Spaßbad, das sich von umliegenden Angeboten wie Tossens und Schortens abhebt.

“Hätte man sich damals schon Gedanken über die Bevölkerungsentwicklung gemacht, hätte man sich aufwändige Ver- und Versorgungsnetze gespart und dezentrale Varianten wie Wurzelraum-Kläranlagen und Blockheizkraftwerke gebaut”, bedauert Kottek. (Anm.: Die Planer der Ökosiedlung, die damals von konservativen Kräften verdammt und nicht genehmigt wurde, hatten genau das vorgehabt. Das war vor Kotteks Zeit in WHV.)

“Auch der Einzelhandel muss von außen leben” begründet Kottek die umstrittene Maßnahme, das “Schaufenster der Stadt”, die östliche Marktstraße, neu zu gestalten. (Anm.: Auch der Einzelhandel in der Göker- und Bismarckstraße will überleben - von dem Geld, das jetzt in der Marktstraße versenkt wird, sollte eigentlich eine Markthalle auf dem Bismarckplatz gebaut werden.)

### Innerstädtische Migration

Bei der Stadtteilentwicklung wird deutlich, dass alt eingeseessene Wohnquartiere (Innenstadt, Bant) nach einem kurzen Wachstumsschub seit 1992 zusammen gut 4000 EinwohnerInnen ver-

ren, Trabantensiedlungen wie Maadebogen und Schaar (West) derweil um etwa 2000 Menschen zugelegt haben. Allein Tonndiech, beklagte ein Anwohner, habe in den letzten 8 Jahren 20% seiner Bevölkerung verloren.

### Überörtliche Migration

Ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung im Umland (1989 - 2002) verdeutlicht die Sonderstellung von WHV. Stärkster Gewinner ist Oldenburg mit über 10 Prozent Bevölkerungszunahme. Es folgen Friesland (8%), für Kottek die “Halskrause” für Abwanderer aus WHV, und Delmenhorst und Emden (jeweils >2%). WHV hat im gleichen Zeitraum knapp 6% seiner Bevölkerung verloren. Während die Einwohnerschaft von Delmenhorst und Emden seit ein paar Jahren mit leichtem Abwärtstrend stagniert, konnte Oldenburg allein 2002 fast 1500 NeubürgerInnen begrüßen. In Friesland sind es im Schnitt immer noch gut 600 jährlich.

Ausschlaggebend für die Entwicklung sind natürliche Bewegungen, also Geburten

und Sterbefälle, und Wanderungsbewegungen. Interessant ist dabei, woher die Leute kommen bzw. wohin sie umziehen (1996-2002): Wichtigstes Austauschgebiet ist der Landkreis Friesland. Im Berichtszeitraum zogen jährlich 800 bis 900 FriesländerInnen nach WHV, mit leicht steigender Tendenz. Umgekehrt zogen anfangs um die 1.300 Menschen jährlich von WHV nach FRI, seit der Jahrtausendwende jedoch mit deutlichem Abwärtstrend Richtung 1.000 pro Jahr. Unterm Strich (Zu-/Abwanderung) verlor WHV 1996 noch 563 BürgerInnen an Friesland; 2002 waren es nur noch 132.

Die Stadt Oldenburg gewann im gleichen Zeitraum gleichbleibend 30 BürgerInnen jährlich aus WHV.

Weser-Ems insgesamt hat über die Jahre jährlich etwa 500 Leute aus WHV abgezogen, doch in letzter Zeit hat sich der Trend deutlich auf 100 reduziert. Bezogen auf das ganze Bundesgebiet ergibt sich seit 2001 sogar ein Gewinn.

Fernwanderungen sind, so Kottek, in erster Linie arbeitsplatzbedingt. Die Nahwanderungen erklärt er durch die Möglichkeit, im Umland billiger zu wohnen. Den Zuwanderungsschub der letzten zwei Jahre erklärt er mit der massiven Ausweisung von Einfamilienhaus-Gebieten: “Wir liegen in der richtigen Richtung.”

Von 1975 (103.417 Einwohner) bis 2002 (84.752) hat Wilhelmshaven fast 18 Prozent seiner Bevölkerung verloren.

### Fakten verdrängt

Kottek zeigte auf, dass die Bevölkerungspyramide - im Stadtistik-Report “Lebensbaum” genannt - mehr ist als die statische Erfassung der Frauen und Männer aller Altersstufen: “Er lässt sich lesen wie ein Fußabdruck”. Durch Übereinanderlegen zweier “Lebensbäume” aus verschiedenen Dekaden (1990 / 2002) wurde deutlich, dass sich bestimmte Entwicklungen auf der Zeitachse fortsetzen. “Die 25- bis 35-Jährigen sind uns damals schon abhanden gekommen”. Warum Frauen in dieser Altersgruppe in WHV deutlich seltener sind als Männer, vermochte er uns nicht zu erklären. (Anm.: Laut Demografiestudie sind vor allem hoch qualifizierte Frauen sehr mobil, wenn sie in ihrer Region keine Arbeit finden.)

Schon jetzt ist absehbar, dass es in 15 - 20 Jahren “nur 300 bis 450 gebärfähige Frauen je Jahrgang geben wird” - die jetzigen Grundschülerinnen. Seine Bemerkung, Männer seien relativ unwichtig für die Geburtenziffer, stieß zwar auf Protest der anwesenden Geschlechtsgenossen, ist aber biologisch richtig - Männer können sich nur reproduzieren, so lange genug Frauen da sind.

Kotteks Schlussfolgerung aus den Lebensbaum-Vergleichen: “Müssen Politiker heute wirklich überrascht sein von der demografischen Entwicklung? Haben sie Vorhersehbares nicht eher jahrelang verdrängt?” Man hätte also schon vor Jahren gegensteuern können.

### Rundum sorglos

Wie kriegt man nun Leute nach Wilhelmshaven? “NeubürgerInnen möchten attraktiv und adäquat wohnen. Sie werden nicht in Wohnungen in der Weserstraße wohnen wollen”, glaubt Kottek. “Das scheint paradox, aber wir kommen nicht dagegen an.” Ein Teilnehmer kritisierte, dass mit jeder Neu-

bausiedlung städtische Natur zerstört wird. Dazu Kottek: "Die Artenvielfalt ist in Hausgärten viel höher als bei der vorausgegangenen landwirtschaftlichen Nutzung." (Das ist in dieser pauschalen Form nicht haltbar - eine extensiv genutzte landwirtschaftliche Grünlandfläche ist ökologisch wertvoller als ein mit Terrasse, Carport, Begonien und Bodendeckern garnierter Hausgarten - und für viel mehr lassen die Minigrundstücke z. B. im Maadetal kaum Platz).

Man verspricht sich viel von einer geplanten Neubürgeragentur. Vernünftig scheint, dass man sich bestimmte Zielgruppen angucken will, denen dann ein Rundum-Sorglos-Paket angeboten werden soll: Umzugshilfen, Zuschüsse, zinslose Kredite. Kottek hat die "Einfamilienhaussucher mit Arbeitsplatz in Oldenburg" im Auge: "Von den neuen Wohngebieten ist man in 25 Minuten in Oldenburg. Das ist zwar nicht gerade ökologisch, aber das Hemd ist uns näher als die Hose." Dann sind da ältere Menschen, die sich verkleinern möchten, weil die Kinder aus dem Haus sind. Denen will man helfen, ihr Haus zu verkaufen und eine altengerechte Wohnung zu finden. Die Einpendler, die ebenso gut auch in WHV wohnen können, wenn sie schon hier arbeiten. Die "Spätheimkehrer", die mit Eintritt ins Rentenalter in ihre Heimatstadt WHV zurück wollen. Und schließlich die Leute, die eine Zweitwohnung am Wasser fürs Wochenende suchen.

Damit Interessenten nicht frustriert werden, soll evtl. ein Call-Center den Informationsservice für die Neubürgeragentur übernehmen. "Wenn Interessenten am Wochenende mehrmals anrufen und keinen erreichen, haben die schon keine Lust mehr, herzukommen."

Kottek präsentierte einen Anzeigenprospekt, der an berufliche Einpendler in WHV verteilt und als Annonce über die Zeitungen in Weser-Ems verbreitet wurde. Mit "Mieten ab 3,60 €/m<sup>2</sup>" warb man in der WELT.

Eine weitere Idee ist das "Verwöhnwochenende für Unternehmer", die sich hier wohl fühlen und dann niederlassen sollen.

### JadeWeserPort kein Allheilmittel

In der anschließenden Diskussion bestand Einigkeit, dass der JadeWeserPort nicht das einzige Projekt bleiben darf, um die wirtschaftliche und soziale Struktur der Stadt zu verbessern. Im Landesraumordnungsprogramm sei nun mal die industrielle Nutzung der nordöstlichen Stadt vorgesehen, erklärte Kottek, andere Projekte werden vom Land nicht bezuschusst. Trotzdem sei es dringend erforderlich, den Mittelstand mehr zu fördern. Eine Teilnehmerin merkte an, durch den geplanten Hafen werde die Stadt nicht schöner; Leute im Stadtnorden würden jetzt schon ihre Häuser verkaufen. Man registriert ein "Unwohlsein" ob des Ports "in weiten Teilen der Bevölkerung", aber, so Kottek: "Wir haben keine Alternative."

#### So einfach ist das!

*"Ist Arbeit nicht zu finden, ist die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten vorgesehen."*

Aus einem Informationsblatt des Arbeitsamtes vom Juli 2004

# Trotz Fleiß kein Preis

## Stadt setzt ihre Auszubildenden unsanft auf die Straße

(iz) 21 Jugendliche schließen im Sommer ihre Ausbildung in der Stadtverwaltung ab. Alle haben sich angestrengt, war ihnen doch bei guten Noten eine Übernahme versprochen worden. Die Zeugnisse können sie sich an die Wand nageln - oder gleich in den Koffer packen. Aus dem Job im Rathaus wird nämlich nichts, wie ihnen jetzt auf wenig sensible Art und Weise mitgeteilt wurde.

"Wenn ich mich zusammennehme, werde ich übernommen!" Mindestens 8 Punkte wollten die Auszubildenden der Stadt in der Abschlussprüfung erreichen, dann schien ihnen ein fester Arbeitsplatz sicher. Drei Jahre zuvor waren sie nach einem Auswahlverfahren als Auszubildende eingestellt worden - mit der mündlichen Zusage, "bei befriedigendem Prüfungsergebnis" im Anschluss eingestellt zu werden.

Die Verwaltung hat damals den Bedarf an Auszubildenden gut kalkuliert: Aktuell sind durch Fluktuation und Altersabgänge 22 Stellen in der Verwaltung unbesetzt. Das Bürgeramt und die Stadtbücherei mussten bereits die Öffnungszeiten einschränken. Da kommen die neuen Absolventen wie gerufen, zumal es sich um klassische Einstiegs-tätigkeiten für frisch gebackene Verwaltungsfachleute handelt. Oder?

Nicht, wenn die Stadt zwischenzeitlich beschlossen hat zu sparen um jeden Preis. Schlecht für die BürgerInnen, weil weniger Personal schlechteren Service bedeutet. Schlecht für die jungen Leute, lernen zu müssen, dass ein Versprechen keine Bedeutung und Fleiß keinen Preis hat. Unglaublich aber, wie ihnen das vermittelt wurde.

Am 9.6. fand ein Treffen in der "Parklücke" statt. Die Jugendlichen hatten alle Ratsmitglieder angeschrieben, einige erschienen, darunter Neumann (SPD), Tjaden (WALLI), Felber und Molitor (CDU). Neumann soll dort regelrecht cholerisch geworden sein, blaffte die jungen Leute an: "Egal, was für eine Prüfung ihr macht - wir brauchen euch nicht mehr!" Tjaden vertrat die Ansicht "Versprochen ist versprochen". Woraufhin Neumann ihn angeschrien haben soll, auch wegen Tjadens kritischer Haltung zum JadeWeserPort. Der nun gar nicht Thema des Abends war.

Und den Jugendlichen drohte Neumann, wenn sie ihr Problem öffentlich machten: "Wenn ihr das macht, das hätte Folgen! Zukünftig stellen wir dann gar keine Auszubildenden mehr ein!"

Ein langjähriges SPD-Mitglied (Name ist der Redaktion bekannt) erklärte auf Grund dieser Vorfälle seinen Parteaustritt: "Die Partei hat den Boden unter den Füßen verloren".

### "Wir werden nicht mehr gebraucht"

Trotzdem malten die jungen Leute auf ein Transparent, was ihnen Neumann "vermittelt" hatte: "Wir werden nicht mehr gebraucht". Mit Transparent und Infostand, unterstützt durch die verdi-Jugend, sammelten sie bis Ende Juni über 700 Unterschriften von BürgerInnen, die sich für die Übernahme aussprachen. Und Neumann soll wutschraubend - sogar seinen eigenen SPD-Europawahl-Stand "links" liegend lassend - durch die Marktstrasse getobt sein!

Die 10 Meter lange Liste mit Unterschriften wurde dann in der Juni-Ratssitzung über Norbert Schmidt an Eberhard Menzel übergeben. Der erläuterte ziemlich cool die Ent-

scheidung gegen die Jugendlichen. Drei Faktoren seien ausschlaggebend für die Übernahme gewesen, nämlich Leistung der Auszubildenden, Personalbedarf und verfügbare Haushaltsmittel. Diese Kriterien seien nicht erfüllt. Die Jugendlichen sollten wenigstens froh sein, eine gute Ausbildung erhalten zu haben.

Toller Trost. Schlimm war, was dann noch hinter den Kulissen abging. Mitglieder des Personalrates waren dabei und schilderten uns den Vorfall: Die jungen Leute erhielten einen Termin bei Menzel, was sie zuversichtlich stimmte, offene Ohren für ihr Anliegen und ihre Ängste zu finden. Im Ergebnis verliehen sie erschüttert, einige weinend die Besprechung und mussten psychologisch aufgebaut werden.



"Eine Lehrstunde in Demokratie", fasste das Jeversee Wochenblatt zusammen, was gewählte Repräsentanten der Stadt sich gegenüber ihren Schutzbefohlenen geleistet haben. Die werden den Lehrstoff nie vergessen, und sollten sie noch so weit von Wilhelmshaven weg sein: Denn mit ihrer Ausbildung können sie nur in einer Kommunalverwaltung was werden. Es bleibt ihnen also nichts, als der Stadt den Rücken zu kehren.

Siehe dazu den Kommentar auf Seite 9

**AMERICAN STYLE RESTAURANT & COCKTAILBAR**

**Bonny's Diner**

**ÖFFNUNGSZEITEN:**  
 MO-DO 9 - 2 UHR  
 FR 9 - 5 UHR  
 SA 10 - 5 UHR  
 SO 10 - 2 UHR

WHV, BAHNHOFSTR. 21 (KINOZENTRUM), TEL. 04431/ 982 505

# “Herr Busemann, hier irren Sie sich”

## Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gibt dem Kultusminister einen Korb

(noa) Kultusminister Busemann hat den Lehrkräften des Landes für ihre engagierte Arbeit gedankt und in diesem Zusammenhang geschrieben, er wisse die Lehrerschaft bei der Umgestaltung des Schulwesens an seiner Seite. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat ihm darauf geantwortet: “Sehr geehrter Herr Busemann, hier irren Sie sich.”

Eine umfangreiche “Mängelliste” an Busemanns so genannter Schulreform weist den kultusministeriellen Anbiederungsversuch zurück. Wir zitieren aus dem Offenen Brief der GEW:

*“Wir wären an Ihrer Seite, wenn Sie die PISA-Ergebnisse ernst nähmen und dafür Sorge tragen würden, dass unsere Kinder, wie in fast allen europäischen Ländern, eine längere gemeinsame Schulzeit hätten. Sie praktizieren das Gegenteil: Die Kinder werden zu einem Zeitpunkt sortiert, zu dem noch keine sinnvolle Prognose über ihre weitere Entwicklung möglich ist.*

*Wir wären an Ihrer Seite, wenn Sie die bisherige pädagogisch erfolgreiche Arbeit an den Grundschulen durch geeignete Fördermaßnahmen stärken würden und den Lehrkräften die dafür benötigte Zeit zur Verfügung stellen würden. Sie praktizieren das Gegenteil: Sie streichen Förderstunden in den Grundschulen. Nicht mehr der individuelle Lernzuwachs steht im Mittelpunkt pädagogischer Bemühungen, statt dessen beginnt schon im 2. Schuljahr die Jagd nach Zensuren und einer möglichst an das Gymnasium führenden Übergangsempfehlung.*

*Wir wären an Ihrer Seite, wenn Sie im Sekundarbereich eine tatsächliche Durchlässigkeit zwischen den Schulformen herstellen würden. Sie praktizieren das Gegenteil: Sie grenzen die Schulen gegeneinander ab und bauen durch unterschiedliche Grundsatzerteile Mauern zwischen den Schulen auf, die höchstens noch in absteigender Richtung überwunden werden können.*

*Wir wären an Ihrer Seite, wenn Sie uns zu der Notwendigkeit zu fördern nicht nur verpflichten würden, sondern uns dazu auch die benötigten zeitlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen würden. Sie praktizieren das Gegenteil: Sie streichen die Förderstunden und beeinträchtigen die Arbeit der Beratungslehrkräfte. Vergleichsar-*

*beiten und zentrale Abschlussprüfungen führen nicht zu einer besseren Pädagogik, sie behindern sie vielmehr, indem sie den Unterricht auf diese Ereignisse fokussieren.*

*Wir wären an ihrer Seite, wenn Sie uns die zur Erteilung der gesamten Studentafel notwendigen LehrerInnenstunden zur Verfügung stellen würden. Sie praktizieren das Gegenteil: Sie bemessen die LehrerInnenstunden so knapp, dass für die notwendigen Differenzierungsmaßnahmen und Arbeitsgemeinschaften kaum eine Stunde übrig bleibt.*

*Wir wären an Ihrer Seite, wenn Sie dafür Sorge tragen würden, dass die Klassen kleiner würden. Sie praktizieren das Gegenteil: Ihr neuer Erlass führt in allen Schulen mit Ausnahme der Hauptschule zu größeren Klassen.*

*Wir wären an Ihrer Seite, wenn Sie durch ausreichende Neueinstellungen die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften tatsächlich verbessern würden. Sie praktizieren das Gegenteil: Sie verbessern die Unterrichtsversorgung scheinbar durch statistische Schönrechnerei und ersetzen noch nicht einmal die ausscheidenden Lehrkräfte durch neue.”*

**Der Gegenwind sprach mit dem Vorsitzenden des GEW-Kreisverbandes Wilhelmshaven, Friedrich Fischer, über die Schulreform.**

**Gegenwind:** Ihr werft dem Kultusminister vor, dass er zum dreigliedrigen Schulsystem zurückkehrt. Aber es war doch vorher schon dreigliedrig.

**Fischer:** Stimmt, aber nun wird in strikter Dreiteilung die Einsortierung der Schülerinnen und Schüler nach Schulformen schon 2 Jahre früher vorgenommen. In diesen frühen Kinderjahren sind Schullaufbahnprognosen noch weniger aussagekräftig als bisher, da Kinder gerade in diesem Alter ganz wesentliche Entwicklungs- und Erkenntnissschritte durchlaufen. Die Lehrkräfte der Grundschulen sollen jetzt etwas tun, wofür sie nicht ausgebildet sind, nämlich eine Prognose über die zu erwartende Entwicklung von 10-jährigen Kindern treffen. Die Grundschule wird damit zu einem Ort, wo es um Noten, Leistungsorientierung und Konkurrenz geht.

Ihr werft Busemann weiter vor, dass die Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schulen, von der er ja sagt, sie sei gegeben, wegen unterschiedlicher Grundsatzerteile nur von oben nach unten, nicht jedoch von unten nach oben besteht. Sag mal ein Beispiel.

Die Berufsorientierung der Hauptschule mit den Praxisstunden richtet die Kinder schon früh aufs Handwerk aus. Es fehlen Stunden und damit Stoff, um bei einem

Wechsel zur Realschule dort den Anschluss zu kriegen. Für das Handwerk bieten die Betriebsstunden außerdem einen Pool von Jugendlichen, aus denen die Meister dann auswählen können.

Was meint ihr mit der Beeinträchtigung der Arbeit der Beratungslehrkräfte?

Busemann hat die Verlagerungsstunden für die Beratungslehrkräfte gekürzt, so dass sie jetzt einfach weniger Zeit für diese Arbeit haben.

Die Landesregierung beruft sich mit ihrer Reform auf die Bundesländer, die bei der PISA-Studie etwas weniger schlecht abgeschnitten haben als Niedersachsen. Das sind die Bundesländer, in denen es keine Orientierungs- oder Förderstufe gibt, in der die Dreigliedrigkeit auch schon ab Klasse 5 durchgezogen wird. Gibt ihm das nicht Recht?

Bayern und Baden-Württemberg haben von den deutschen Bundesländern am wenigsten schlecht abgeschnitten - aber Deutschland insgesamt hat sehr schlecht abgeschnitten im Vergleich zu den Staaten, die ihre Kinder länger gemeinsam beschulen. Die Antwort auf die PISA-Studie, es den südlichen Bundesländern nachzumachen, ist falsch. Unser Nachbarbundesland Schleswig-Holstein geht einen ganz anderen Weg: Dort wird das Schulwesen umgestaltet in Richtung einer “Schule für alle” bis zur 10. Klasse.

Wenn nun in Niedersachsen am restaurierten dreigliedrigen Schulwesen gespart wird, dann ist das doch nicht Busemanns Schuld. Er muss sparen wie alle anderen Minister auch.

Stimmt. Es ist der Landesrechnungshof, der die Personalsituation an den Schulen bedroht. Und während die Kosten der Bildung das große Thema sind, verändert sich der Bildungsbegriff. Es geht nicht mehr um eine umfassende Persönlichkeitsbildung, sondern um die Herausbildung des allseitig und jederzeit verfügbaren und überall einsetzbaren Menschen.

Dieser Tage stand in der Zeitung, das Land werde sich der Problemschüler besser annehmen. Die Sonderschulen werden in “Förderschulen” umbenannt. Geht es da nicht um besondere Förderung?

Die Ausgliederung der schwierigen Kinder wird damit nicht aufgehoben, sondern zementiert. Dem Kultusminister geht es “Output“-orientiert wohl in erster Linie um Begabtenförderung. Schülerinnen und Schüler mit schwachen Lernleistungen in den Grundschulen, die die Elitebildung bremsen könnten, passen einfach nicht in das Konzept. Busemann steht für das Turbo-Abitur nach 12 Jahren, und alles, was dem im Weg steht, wird ausgegliedert.

Ja, das war ja bei seinem Auftritt in Wilhelmshaven auch die Antwort auf die Forderung nach der sechsjährigen Grundschule: Die gehe nicht, weil dann das Abitur nach 12 Jahren nicht möglich sei.

Und bei diesem Auftritt präsentierte er sich als “Manager” für den “Großbetrieb Schule”. Das macht deutlich, welchen Begriff von Bildung er vertritt. Ein Teil der Kinder soll frühzeitig auf das Handwerk vorbereitet werden, die Masse soll die Realschule besuchen und eine Vielzahl von Kenntnissen und Schlüsselqualifikationen erwerben, und eine Elite soll schnell Abitur machen.

Vielen Dank für das Gespräch.

# Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

# Gen-Food? Nein, danke!

## Greenpeace-Infostand zum Thema Gentechnik in der Marktstraße

(sch) Es war wieder einmal so weit: eine Handvoll Schlechtwetter-erfahrener und trotz diesem hoch motivierter Greenpeacer machte sich auf, um die durch die Marktstraße flanierenden Passanten über die Gefahren der Gentechnik in Futter- und Lebensmitteln aufzuklären.

In der Tat fanden sich immer wieder vereinzelte Wissbegierige, die trotz stets drohender und häufig auch auftretender Regengüsse stehen blieben, um sich das eine oder andere rund ums Thema Gentechnik erklären zu lassen. Um das kostbare Infomaterial vor heimtückischen Schauern zu schützen, musste man den prall gefüllten Tapeziertisch zwar des öfteren von der offenen Straße unter ein Vordach tragen, aber derlei Widrigkeiten ist man bei Greenpeace nicht anders gewohnt. Ein Infostand bei blauem Himmel und gnädig herabblühender Sonne, gibt's so was überhaupt?

Um die Wilhelmshavener Bevölkerung auch tatsächlich genau informieren und sogar über die allerneuesten Entwicklungen aufklären zu können, hatte sich Annette intensiv fortgebildet und ist somit zu so etwas wie der Gentechnik-Expertin der Gruppe avanciert. Sie wusste u.a. zu berichten, dass seit April 2004 in Deutschland eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel und Tierfutter herrscht, die genetisch veränderte Organismen enthalten. Das bedeutet, dass die Verbraucher, wie auch die Landwirte, ab sofort erkennen können, wo Gentechnik "drinsteckt" und wo nicht. So weit, so gut. Es gibt nur, wie so oft im Leben, einen Haken, und zwar einen nicht ganz unerheblichen: Produkte wie Milch, Käse oder Fleisch von Tieren, die gentechnisch verändertes Tierfutter bekommen haben, müssen weiterhin nicht gekennzeichnet werden! Um es dem Verbraucher trotzdem zu ermöglichen, sich gentechnikfrei zu ernähren, hat Greenpeace einen Einkaufsratgeber herausgebracht, in dem aufgelistet ist, welche Firmen komplett auf genetisch veränderte Organismen verzichten und bei welchen man mit Gentechnik im Tierfutter oder sogar direkt in den Lebensmitteln rechnen muss. Diese Broschüren wurden von den Wilhelmshavener Greenpeacern deshalb auch fleißig verteilt.



Auch über die Gefahren der Gentechnik wussten Annette und ihre Mitstreiter Bescheid. Die Annahme, die der Gentechnik zu Grunde liegt, nämlich, dass ein Gen genau für eine Eigenschaft verantwortlich sei, ist wissenschaftlich schon lange nicht mehr haltbar. Somit kann die gentechnische Veränderung eines Organismus bei diesem auch vollkommen ungewollte Eigenschaften hervorrufen. Gesundheitliche Folgen für den Menschen durch den Verzehr genetisch veränderter Lebensmittel können außerdem nicht ausgeschlossen werden, er könnte z.B. zum Ausbruch von Allergien führen. Das weit aus größere Problem ist aber, dass man Genpflanzen nach der Aussaat schwerlich kontrollieren kann. Eine Kreuzung mit natürlichen Pflanzen durch Pollenflug oder Insekten lässt sich nicht vermeiden, was zur genetischen Verschmutzung eigentlich gentechnikfreier Pflanzen führt.

Diese Hauptgefahr der Gentechnik bereitet auch dem Wangerländer Landwirt Peter Fimmen einige Kopfschmerzen. Kürzlich fand er zufällig beim Durchblättern der Zeitschrift "Ökologie und Landbau" heraus, dass sich quasi direkt vor seiner Haustür eine 15 Hektar große Versuchsfeld für den Anbau gentechnisch veränderter Kartoffeln befindet. Sollten besagte Kartoffeln nun tatsächlich angepflanzt werden, so fürchtet er, dass Insekten die Pollen auf seinen Feldern verteilen könnten und diese somit gentechnisch verschmutzt würden. Mit Informationsveranstaltungen möchte Fimmen versuchen, den Anbau der Kartoffeln zu verhindern. Auf die Unterstützung anderer Landwirte wird er sicherlich zählen können, denn viele von ihnen sind besorgt.

In der Bevölkerung formiert sich also, zwar noch zögerlich, aber doch unübersehbar, Widerstand. Studien belegen, dass 70 % der Deutschen Gentechnik in Lebensmitteln ablehnen. Schön und gut, doch jetzt schlug die Lebensmittelbranche zurück. Die Firma Müller zog gegen Greenpeace vor Gericht und erwirkte dort eine einstweilige Verfügung. Greenpeace ist es seit dem 23. Juni somit verboten, bestimmte Slogans und Begriffe zu verwenden, die suggerieren, dass Müller-Milch Gentechnik enthalten könnte, obwohl es erwiesen ist und vom Konzern auch nicht bestritten wird, dass Müller-Vertragsbauern ihre Kühe mit gentechnisch verändertem Futter füttern. Dieses Urteil ändert jedoch nichts an dem Willen der Wilhelmshavener Greenpeace-Gruppe, sich auch weiterhin für gentechnikfreie Nahrung einzusetzen, es verstärkt ihn höchstens zusätzlich.

Die Treffen finden jetzt im Jugendkeller des Gemeindehauses der Christus- und Garnisonkirche statt. Die Zeiten sind die alten: Donnerstags um 19.00 Uhr trifft sich die Jugendgruppe und um 19.45 Uhr die Erwachsenen. Interessierte jeden Alters sind natürlich jederzeit willkommen.

# Mütter Zentrum

**Werftstr. 45  
Tel. 506 106**

## Termine:

### Frühstück

**Sonntag - Freitag  
09.30 - 11.30 Uhr**

### Mittagstisch

**Montag - Freitag  
12.00 - 13.00 Uhr  
bitte anmelden**

### Der Secondhandladen

**Montag - Freitag  
10.00 - 12.00 Uhr**

### Die Kinderbetreuung

**an allen Öffnungstagen  
10.00 - 12.00 Uhr**

## Öffnungszeiten Café MüZe:

**Sonntag - Freitag  
9.30 - 13.30 Uhr**

# Ein echter Liebestest

## Arbeitslosengeld II: Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

(noa) So gut besucht wie am 13. Juli war eine ALI-Monatsversammlung schon lange nicht mehr. Thema war, wie schon in der Juni-Versammlung, das Arbeitslosengeld II, diesmal aber ganz praktisch anhand des Antragsformulars. Nachdem gerade ein paar Tage zuvor das Gesetz gegen den gemeinsamen Widerstand aller ostdeutschen Bundesländer durchgeboxt worden war, wollten auch viele, die bisher noch nie bei einer Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative gewesen waren, doch wissen, was ihnen blüht.

Als das radikalste Kürzungsprogramm, verbunden mit einer Einführung der Zwangsarbeit, bezeichnete ALI-Vorsitzender Günther Kraemmer das Gesetz. Millionen von Arbeitslosen werden jede Arbeit annehmen müssen, jeder Job wird "zumutbar" sein, und damit wird ein enormer Druck auf die ausgeübt werden, die noch in Arbeit stehen. Seit einigen Wochen schon fordern Arbeitgeber eine Verlängerung der Arbeitszeit, eine Verkürzung des Urlaubes und die Streichung von gesetzlichen Feiertagen.

Seit dem 19. Juli bis Mitte September werden die Formulare an alle möglicherweise Anspruchsberechtigten versandt; am 4. Oktober beginnt die Dateneingabe; ab Mitte November erfolgen die Bescheide, ob und in welcher Höhe Arbeitslosengeld II gezahlt werden wird.

Schätzungsweise 500.000 Menschen, die jetzt noch Arbeitslosenhilfe beziehen, werden keinen Anspruch und deshalb ab 1. Januar 2005 keinerlei Einkommen mehr haben, denn es werden sowohl Einkünfte von Familienangehörigen als auch vorhandene Vermögenswerte in die Berechnung der "Grundsicherung für Arbeitslose", wie das Arbeitslosengeld II im Gesetz heißt, einfließen. Ein Besucher lieferte mit seiner besorgten Frage das Beispiel, an dem Werner Ahrens das erläuterte:

"Nehmen wir an, ich lebe unverheiratet mit einer Frau zusammen, die 1500 Euro netto verdient. Wie viel Alg II werde ich bekommen?"

### Was bleibt?

Nun ging das Rechnen los: Von den ersten 400 Euro bleiben 15 %, also 60 Euro, anrechnungsfrei. Von den nächsten 500 Euro werden 30 %, also 150 Euro, nicht angerechnet, und von den restlichen 600 Euro sind wieder 15 %, also 90 Euro, frei. 300 Euro sind also anrechnungsfrei, und damit bleiben vom Lohn der Lebensgefährtin 1200 Euro, die für die Bedarfsgemeinschaft anzurechnen sind,

und der Kollege bekommt nichts! Fassungslos fragte er, ob er da nicht besser eine eigene Wohnung nehmen soll.

Ob die Lebensgefährtin auch den Unterhalt für das Kind aus erster Ehe zahlen müsse, war seine nächste Frage, als er sich von diesem Schock erholt hatte. Nun, das wäre bei diesem Einkommen nicht der Fall, aber da über 1500 Euro alles angerechnet wird, wird es in anderen Ehen oder Lebensgemeinschaften mit höherem Lohn oder Gehalt des Partners durchaus so sein.

Als "echten Liebestest" bezeichnete deshalb ein Teilnehmer das Arbeitslosengeld II. Überhaupt zeigte sich bei vielen der etwa 100 Gäste immer wieder Galgenhumor. Anderen jedoch war an den Gesichtern anzusehen, dass sie sich so langsam klar darüber werden, was im nächsten Jahr auf sie zukommt: 345 Euro beträgt das Alg II, unabhängig davon, wie hoch die Arbeitslosenhilfe jetzt noch ist.

Zwar haben sowohl die SPD als auch die Grünen in ihren Wahlprogrammen vor der letzten Bundestagswahl versprochen, dass es keine Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau geben werde, woran auf der Juni-Versammlung der ALI der Referent Guido Grüner erinnert hatte. Genau das ist aber nun doch der Fall: 296 Euro beträgt derzeit der Sozialhilfesatz für einen Haushaltsvorstand. Im Durchschnitt aller Sozialhilfeempfänger fielen darüber hinaus 49 Euro monatlich an einmaligen Zahlungen (sei es für eine Waschmaschinenreparatur oder die Konfirmation eines Kindes) an, und 345 Euro, also genau die Summe aus beiden Zahlen, beträgt der Alg II-Regelsatz für eine allein lebende Person. Zu zweit lebt man bekanntlich billiger, deshalb bekommen zwei in einem gemeinsamen Haushalt wohnende Arbeitslose zusammen 622 Euro. Für unter 14-jährige Kinder kommen je 207 Euro, für Kinder unter 18 je 276 Euro dazu.

Man muss schon genau rechnen, um zu bemerken, dass insofern sogar eine Senkung im Vergleich zur Sozialhilfe stattgefunden hat: Bei den bis 14 Jahre alten Kindern beträgt der Sozialhilfesatz 65 % vom Regelsatz des Haushaltsvorstandes; beim Alg II sind es nur 60 %. Für die 14- bis 18-jährigen Kinder ist eine Senkung von 90 % auf 80 % des Regelsatzes vorgenommen worden.

Eine Familie mit zwei unter 14-jährigen Kindern wird künftig mit 1036 Euro im Monat zurechtkommen müssen.

Da Sonderbedarf im Regelsatz schon enthal-

ten ist, gibt es, egal in welcher Lebenslage, keinen Cent zusätzlich. Da wir ja in einem Sozialstaat leben (oder?), wird man in einer wirklich schlimmen Notlage natürlich nicht allein gelassen. Wenn also das Haus abbrennt und man sich neu einrichten muss, bekommt man für Sonderbedarf doch Geld - allerdings als Darlehen, das man anschließend wieder abtrottem muss.

Aus dem Publikum kam die Frage, was eigentlich passieren wird, wenn es bis zum 1. Januar nicht klappt mit dem Arbeitslosengeld II. Immerhin gab es in letzter Zeit immer wieder Pressemeldungen darüber, dass noch gar nicht klar sei, wie und durch wen die Auszahlungen geschehen werden. In der Frage schwang Hoffnung mit, dass es noch eine Gnadenfrist mit den jetzigen Bedingungen geben könnte, man vielleicht noch ein Jahr lang verschont bliebe vor der Verelendung. Doch Werner Ahrens musste den Frager enttäuschen. Die Äußerungen des Kanzlers in den letzten Tagen waren deutlich genug: Das Alg II kommt zum 1.1.05!

Zusätzlich zu den 345 Euro für den Lebensunterhalt wird es die Kosten einer angemessenen Unterkunft und Heizkosten geben. Einer angemessenen Unterkunft, wohl gemerkt! In Leipzig wurde neulich beschlossen, leer stehende, für den Abriss vorgesehene Plattenbauten doch noch stehen zu lassen, weil sie ab dem nächsten Jahr wahrscheinlich wieder Mieter finden werden. Werner Ahrens wies darauf hin, dass auch hier abrisssreife Häuser stehen, die "angemessenen Wohnraum" für Arbeitslose bieten könnten.

Die Höhe der Kosten für die angemessene Unterkunft, die die Kommunen an die Alg II-Empfänger auszahlen werden, ist noch nicht bekannt. Sie wird auf jeden Fall in unterschiedlichen Städten unterschiedlich hoch sein, orientiert an der je ortsüblichen Miete, die ja auch in München höher ist als in Wilhelmshaven, doch bestimmt nicht den hohen ortsüblichen Mieten entsprechen, sondern sich am unteren Rand bewegen. Klar ist aber schon, wie groß die angemessene



Unterkunft ist: 45 m<sup>2</sup> für eine Einzelperson, 60 m<sup>2</sup> für zwei; für jede weitere Person kommen 10 m<sup>2</sup> dazu. Natürlich darf man in einer größeren Wohnung wohnen bleiben - wenn man sie bezahlen kann.

Ersparnisse dürfen behalten werden - bis zur Höhe von 200 Euro pro Lebensjahr. Ein 50-jähriger Arbeitsloser darf also 10.000 Euro auf dem Sparsbuch haben, zur Alterssicherung. Hoffnungsfroh erklang es aus dem Publikum: "Wir haben hier ja das Bankgeheimnis!" "Pustekuchen!", war die Antwort, natürlich müssen Banken der Arbeitsagentur oder dem Sozialamt Auskunft geben. Das gilt auch für Banken in anderen EU-Ländern. Lediglich die EU-Staaten Belgien, Luxemburg und Österreich haben sich dieser Vereinbarung noch nicht angeschlossen, doch es wurde davor gewarnt, in einem dieser Länder ein Konto zu eröffnen, denn dass sie sich auch anschließen werden, steht zu erwarten.

In der Versammlung ging das Grubeln los: Wie kann man das Ersparte retten? Einzelne Zwischenrufe rieten: "Kopfkissen!" Vielleicht begnügen sich die AA-Mitarbeiter, die den Antrag bearbeiten, ja mit neueren Kontoauszügen? Andererseits, wenn das Arbeitsamt bei begründetem Verdacht auf Missbrauch von Sozialleistungen sogar Hausbesuche machen darf, um sich von der Vermögenssituation eines Antragstellers ein Bild zu machen, reicht das vielleicht nicht. Ein Auto kaufen? Schon eher. Wenigstens dies ist bei Hartz IV großzügiger geregelt, als es bei der Sozialhilfe gilt: In einem Haushalt darf es so viele Autos wie erwerbsfähige Bedürftige geben. Schließlich soll die ganze "Reform" ja dazu dienen, dass die Leute arbeiten gehen, und dazu müssen sie flexibel sein. Allerdings darf Papa nicht Mamas und Sohnes Wagen als Zweit- und Drittwagen laufen lassen, um günstiger mit der Kfz-Haftpflichtversicherung zu liegen; jedes Auto muss einen eigenen Halter haben.

Tumultartige Reaktionen gab es auf der Versammlung nach der Information, dass die Erben eines Alg II-Beziehers, der z.B. ein Häuschen hinterlassen hatte, sein Arbeitslosengeld II zurückzahlen müssen - nicht in voller Höhe, sondern "nur" bis zur Höhe von 10 Jahren Alg II-Bezug.

Witze, die schon jetzt, ein halbes Jahr vorher kursieren, bezweifeln, dass es dazu jemals kommen kann:

*Sagt der Arzt zum Langzeitarbeitslosen: Es tut mir Leid, Sie haben noch ein halbes Jahr zu leben. Antwortet der Patient: Was, noch so lang? Wovon bloß?*



**ROCK FISCH**

**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

## kommentar

### Wer hat uns ...

Siegfried Neumann ist für sein hemdsärmeliges Auftreten bekannt. Seine RatskollegInnen von der Opposition können das verkraften, spätestens wenn man später beim Bier zusammen sitzt. Aber was da verschiedene Augen- und Ohrenzeugen über seinen Umgang mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen berichten, mag man kaum glauben. Niemand ist verpflichtet, junge Menschen zu mögen. Wer mit ihnen nicht angemessen umgehen kann, sollte es aber besser anderen überlassen.

Wenn einer junge Leute zur Sau machen will, mag das zu Zeiten von Deutschland-suchten-Superstar sogar voll im Trend liegen. Da lacht die ganze Nation über Halbwüchsige, die durch Gehässigkeiten von Popmanagern am Boden zerstört sind.

Der Unterschied ist: Bohlen, Stein & Co. haben Auswahl im Überfluss. Wilhelmshaven

hingegen kämpft um jede/n BürgerIn, vor allem junge, die hier bleiben, Familien gründen, Steuern zahlen, Häuser kaufen und neue BürgerInnen machen. Wer das ernsthaft will, sollte in der Öffentlichkeit andere Signale setzen als der SPD-Sprecher.

Neben dem Signal "junge Leute werden hier nicht ernst genommen" gab es noch eines. Das kommt momentan auch sehr stark aus Berlin: Die SPD demontiert Sozialstaat und Arbeitnehmerrechte und zeigt den Gewerkschaften politisch den Mittelfinger. Neumann macht das vor Ort ganz direkt: Jungen Leuten, die sich gewerkschaftlich engagieren, die demokratisch legitimierte Aktionsformen wählen, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen, droht er mit Repressalien. Offensiver können Sozialdemokraten die Gewerkschaften, die Linke, die Arbeitnehmer nicht verraten.

Aber womit wollte Neumann den Jugendlichen eigentlich konkret drohen? "Euren Job seid ihr sowieso los - und wenn ihr euch hier gewerkschaftlich engagiert, erst recht!""???

Imke Zwoch

## Zum Beispiel Frau Lüschen...

### Langzeitarbeitslosigkeit wird zu einem existentiellen Problem

(noa) Heike Lüschen (Name von der Redaktion geändert) sucht seit 1999 Arbeit. Was sie in diesen fünf Jahren erlebt hat, würde ein Buch füllen. Einiges davon soll hier berichtet werden.

Frau Lüschen braucht dringend Arbeit, um Schulden zu bezahlen. Weil sie aber Schulden hat, bekommt sie keine Arbeit. Manchmal wird ihr das bei Betrieben, in denen sie nach Arbeit fragt, direkt gesagt. So hörte sie bei einer Firma, die Telefondienstleistungen anbietet, gegen Ende eines zunächst positiv verlaufenen Gesprächs, dass man grundsätzlich Schufa-Auskünfte einhole und Leute, die verschuldet sind oder gar ein Insolvenzverfahren laufen haben, nicht einstellt.

Manchmal sagt man es ihr nicht direkt. So hatte sie in den letzten Monaten mehrere Vorstellungsgespräche, die auch nach ihrer Auskunft, dass sie momentan kein Konto habe, immer noch freundlich verliefen, nach denen aber die Absage ("Wir danken Ihnen für Ihre Bewerbung und teilen Ihnen mit, dass wir uns für eine andere Bewerberin entschieden haben") sehr schnell kam.

Zwischendurch hatte Frau Lüschen immer mal wieder Arbeit, so genannte geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Da sie Arbeitslosenhilfe bezieht, bleiben ihr von solchen Jobs immer nur 165 Euro monatlich, nicht genug, um ihre Schulden in näherer Zukunft erheblich zu reduzieren. Sie zahlte bis vor kurzer Zeit an ihre Gläubiger kleine Beträge. Mit einem vollen Job könnte sie ihre Schulden in ein, zwei Jahren abtragen, aber ohne Konto gibt ihr niemand einen vollen Job. Jetzt hat sie Insolvenz angemeldet und darf deswegen nichts mehr abstopfern.

Anfang des Jahres hat Frau Lüschen eine Weiterbildung absolviert. Dafür hat sie einen Bildungsgutschein von der Agentur für Arbeit bekommen. Bei einem privaten Arbeitsvermittler hat sie eine Stelle gefunden, in der sie ihre neuen Kenntnisse sinnvoll anwenden

könnte. Einen Vermittlungsgutschein bekommt sie im Moment aber nicht. Da müssen erst drei Monate nach der Bildungsmaßnahme vergangen sein. Bis dahin ist die Stelle natürlich anderweitig besetzt...

Ja, also einen Vermittlungsgutschein bekommt sie derzeit nicht. Trotzdem bekam sie jüngst Post von der Arbeits-Agentur. Sie wurde aufgefordert, sich bei einer Job-Börse zu melden. Die Vermittlerin hätte einen Job für sie. Aber ohne Vermittlungsgutschein...

2000 Euro ist so ein Gutschein für die Vermittlungsagentur wert. Das hat Frau Lüschen erfahren, indem sie gefragt hat, ob sie nicht selber die Vermittlungsgebühr bezahlen kann. Als ihr bei der genannten Summe sichtlich die Luft wegblieb, bot ihr die Vermittlerin an, ihr die Stelle für 500 Euro zu besorgen. Nun, auch 500 Euro sind mehr, als Frau Lüschen bezahlen kann, selbst in zwei Raten, wie die Vermittlerin es ihr dann anbot.

So langsam wird es richtig eng. Noch ein knappes halbes Jahr, und es gibt keine Arbeitslosenhilfe mehr. Dann gibt es Arbeitslosengeld II, die so genannte Grundsicherung für Arbeitssuchende. Wahrscheinlich aber nicht für Frau Lüschen. Sie hat nämlich einen Mann, der ein bisschen Geld verdient. Nicht viel und nicht ganz regelmäßig, weil er nämlich als "Aushilfe" arbeitet. Zwar schon lange und zuverlässig, aber halt ohne dauerhaften Vertrag, und gelegentlich mal ist er auch nicht zum Aushelfen erforderlich, und dann hat er ein paar Tage Verdienstausschlag.

Und so läuft Frau Lüschen von Geschäft zu Geschäft, von Betrieb zu Betrieb und fragt nach Arbeit. Denn einen Vermittlungsgutschein bekommt sie im Moment ja nicht, und so lange, bis sie den kriegt, will sie nicht warten.

# Lohnt sich das Umsteigen?

## Einblicke in das neue ÖPNV-System

(jk/iz) Anfang Mai 2004 stellten die Stadtwerke Liniennetz und Fahrpläne ihrer Busse um. Auf den ersten Blick hat sich an der Linienführung wenig geändert, bei den Fahrplänen wird es schon komplizierter. Ein busfahrender Leser hat u. a. untersucht, ob sich das Umsteigen vom Auto in den Bus lohnt.

### Informatives und Verwirrendes

Aus der WZ war, abgesehen von einigen Annoncen der Stadtwerke, kaum etwas über die Änderungen im Busverkehr zu erfahren. Gerade mal 3 Tage befand sich zum Auftakt ein neu angeschaffter Neoplan Designerlinienbus am zentralen Busbahnhof (ZOB), der als Informationsbüro diente. Im Wesentlichen wurden dort die neuen Fahrpläne und ein entsprechender Liniennetzplan ausgegeben, ein Mitarbeiter stand für Fragen zur Verfügung. Eine Informations-Ausstellung über den Wilhelmshavener ÖPNV wurde - obwohl



Wilhelmshavener ZOB & Hauptbahnhof 1960. Foto: Stadtwerke

der potenzielle Kundenstrom dort höher gewesen wäre - nicht in der Nordseepassage, sondern in der Sparkasse in Fedderwardergroden präsentiert.

Zu jeder der 6 Buslinien (bezeichnet mit den Nummern 1, 2, 3, 4, 6, 8) gibt es ein Faltblatt. Auf der Titelseite ist die Linienführung mit Umsteigemöglichkeiten aufgeführt. Verwirrend: In allen Blättern taucht eine Umsteigemöglichkeit zur Buslinie 11 auf, die gar nicht existiert. Gemeint ist die Linie 111 nach Wiesmoor (Fa. Fass).

### Gehirnjogging & fliegende Blätter

Teilweise ist statt genauer Zeiten nur pauschal der Zeittakt angegeben. Im 20- oder 30-Minuten-Takt bleiben die Abfahrtszeiten in jeder Stunde gleich. Nur die 4 fährt im 40-Minuten-Takt. Wer nicht ewig an der Haltestelle



An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84

stehen oder die stündlich fahrende Nord-WestBahn (NWB) erreichen will, muss schon etwas Gehirnjogging betreiben.

Wer nur eine Linie nutzt oder selten fährt, freut sich über die handlichen Einzelfaltblätter. Vielfahrern käme der gute alte kompakte Gesamtplan eher entgegen (möglicherweise noch mit Umlandverbindungen), der den täglichen Gebrauch länger übersteht als fliegende Blätter in der Aktentasche.

### Informations- und Verkaufsstelle fehlt

Kommen Fahrgäste in Bremen, Bremerhaven oder Oldenburg aus dem Zug, finden sie gleich ein Servicebüro des örtlichen ÖPNV. In WHV gibt es nur die Touristinformation in der Ebertstraße, die nebenbei mal eine Busfahrkarte verkauft. Fragt man dort z. B., wie man nach Sengwarden oder Langwerth gelangt, wird die Auskunft erteilt, dass dort "wohl der Bahnbus" (den es seit gut 15 Jahren nicht mehr gibt) hinfährt. Näheres wüssten "die Fahrer der betreffenden Buslinien oder es steht an den Haltestellen." Wenn man denn erst mal wüsste, welche Linien das sind ... Das soll kein Vor-

wurf sein - der gute Wille ersetzt die Tat. Die Verantwortlichen bei den Stadtwerken geben (in ihrer Antwort auf eine Anfrage des Autors) den Mangel zu. Es seien "Bestrebungen im Gange, dieses (Kundenbüro) in Kürze zu installieren." Dafür bietet sich der leer stehende Verkaufsraum im Erdgeschoss des "Menzelturns" an der Südseite des ZOB an, z. B. in Verbindung mit einer von vielen gewünschten Postagentur in der City.

### Infos vom Fahrer & online

Bis dahin verweisen die Stadtwerke auf die BusfahrerInnen als Informationsquelle für Strecken und Fahrpläne und gleichzeitig Verkaufspersonal für alle Tickets. Zusätzlich kann man sich unter [www.bus-wilhelmshaven.de](http://www.bus-wilhelmshaven.de) informieren. Dort erfährt man alles über Tarife und Beförderungsbedingungen und kann Netzplan, Linienfahrpläne und den persönlichen Haltestellenplan herunterladen. Unsere Hinweise auf tote Links wurden nett beantwortet und umgehend bearbeitet. Hübsch ist die Galerie historischer Fotos, in der auch der alte Hauptbahnhof verewigt ist.

### Lieber doch mit dem Auto

Motiviert die neue Linien- und Fahrplangestaltung, in WHV vom Auto in den Bus umzusteigen? Hierzu ein Beispiel: Vormittags vom Rathausplatz zum Gewerbegebiet Güterstraße zwecks Einkauf. Mit dem Auto dauert das 6 Minuten. Streckenmäßig kürzeste Busverbindung ab Rathausplatz, Linie 2. An

der Banter Kirche Wartezeit 16 Minuten für Umstieg auf Linie 3. Gesamtzeit: 27 Minuten. Anderer Weg, gleiches Ziel: Mit der 6 vom Rathausplatz zum ZOB, dort umsteigen in die 3. Günstigste Fahrzeit mit dem Bus: 21 Minuten. Das bringt niemanden in den Bus, der ein Auto hat.

Nicht selten muss der Weg umständlich über den ZOB genommen werden, direkte Wege, wie man sie mit individuellen Verkehrsmitteln gewohnt ist, sind nicht immer möglich. Auf jeden Fall ist ein gründliches Studium von Liniennetzplan und Fahrplänen verschiedener Linien empfehlenswert.

### Abgeschnitten

Zum Teil müssen recht lange Fußwege in Kauf genommen werden, um an das Netz des ÖPNV Anschluss zu finden. Das ist vor allem für die wachsende Zahl älterer, teilweise gehbehinderter BürgerInnen unerfreulich (Siehe *'Nicht unterkriegen lassen'* auf der nächsten Seite). Um die Lücken zu schließen, kann jeder Fahrgast sich vom Busfahrer ein Taxi an seine Ausstiegshaltestelle innerhalb des Stadtgebietes rufen lassen. Netter Service - so lange man das nötige Kleingeld hat, um ihn auch bei regelmäßigen Touren nutzen zu können.

Für Arbeitnehmer im Industriegelände West und in den Groden-Industrieflächen ist der Wilhelmshavener ÖPNV überhaupt keine Alternative zum Auto. Hingegen haben Beschäftigte des Arsenal die Möglichkeit, ihren Arbeitsplatz über den sogenannten Bedarfsverkehr der Linie 2 mit dem ÖPNV zu erreichen.

### Auto-Mobil

Viele Wilhelmshavener müssen zur Arbeit nach auswärts pendeln. Die Wartezeiten am ZOB für einen Anschluss zwischen Bus und Bahn sind jedoch in vielen Fällen zu lang. Die gesamten Busverbindungen der städtischen Verkehrsbetriebe müssten sich häufiger an den Ankunfts- und Abfahrtszeiten der NWB orientieren. Bis weit über 45 Minuten zu bestimmten Zeiten an Wartezeit auf dem ZOB oder in der Nordseepassage vertrödeln - da ist man mit dem Auto schon lange in Esens. Der Abendverkehr mit stündlichen Taktzeiten ist auch nicht als nutzerfreundlich zu bezeichnen.

Immerhin: Alle Busse können jetzt an Haltestellen abgesenkt werden und ermöglichen so einen nahezu stufenlosen Einstieg.

### Zukunftschancen

Der ganz große Wurf, den ÖPNV attraktiver zu machen, Fahrgäste hinzugewinnen und den Schadstoffausstoß des Individualverkehrs zu reduzieren, ist den Stadtwerken mit dem neuen Liniennetzplan nicht gelungen. Klar sind nicht die Stadtwerke schuld, wenn viele immer noch ihr Auto für den Weg zum Einkaufen oder zum Arbeitsplatz nutzen, sondern Statusdenken, Gewohnheit, Bequemlichkeit. Doch bieten steigende Spritpreise und - leider - die zu erwartende Zunahme der Armut (durch Hartz IV und andere Maßnahmen zur Demontage des Sozialstaates) eine Chance, mit attraktiver Fahrplangestaltung und Preisgestaltung neue Kundschaft in die Busse zu bringen und deren Mobilität zu sichern. Der für den Herbst angekündigte neue Fahrplan der Wilhelmshavener Busse könnte ein wichtiger Baustein dafür sein.

## Nicht unterkriegen lassen

### Eine starke alte Dame tritt den Stadtwerken auf die Füße

Mit dem neuen Buslinienplan wurde den Bewohnern des Karl-Hinrichs-Stifts die Haltestelle vor der Haustür genommen. "Nur 160 Meter sind es zur Haltestelle Göker-/Friedenstraße" versuchten die Stadtwerke die Senioren zu beruhigen. "Die das sagen, fahren selbst mit dem Auto. 160 Meter sind auf jeden Fall zuviel" hält Ursula Harmsen dagegen, "den meisten Bewohnern tut jeder Schritt weh." Seit April wartet die 81-Jährige, die die Interessen ihrer Mitbewohnerinnen im Heimbeirat vertritt, auf ein Gespräch mit Herrn Ahlers von den Stadtwerken.

Nur zweimal täglich hält die Linie 1 jetzt noch am Haltepunkt "8a" vor der Altenwohnanlage, montags bis samstags vormittags und am frühen Nachmittag. Sonntags nie. Und nur Richtung ZOB. Wer mit Einkäufen beladen zurück kommt, muss von der Frieden-/Gökerstraße besagte Strecke laufen. Wer außerhalb der "8a-Zeiten" in die City will, muss noch etwas weiter und dabei Frieden- und Gökerstraße überqueren.

Es ist ja nicht so, dass alte Menschen keine Termine hätten. "Oft müssen wir schon vor 9 beim Arzt sein" erklärt Frau Harmsen. Da ist die Abfahrt am Punkt "8a" um 9.30 Uhr zu spät. Zudem sind die zwei Abfahrtszeiten für Umsteiger am Bismarckplatz mit bis zu 18 Minuten Wartezeit verbunden. "Wenn tagsüber wenigstens stündlich ein Bus vorm Haus halten würde, wäre uns schon sehr geholfen."

Bewohner des Pauline-Ahlsdorff-Hauses und des Wohnstifts am Rathaus werden tagsüber im 20- bis 30-Minuten-Takt bedient. Die Senioren im Lindenhof (Siedlerweg) können auch alle 20 Minuten vor der Tür in den Bus steigen, allerdings nur Richtung Norderneystraße. Wollen sie Richtung ZOB, müssen sie entweder eine Ehrenrunde drehen, also bis zur Endstation und dann zurück Richtung Hauptbahnhof, oder etwa 300 m zur nächsten Haltestelle laufen. Das Taxi ist für die regelmäßige Nutzung keine Alternative. "Die kleinste Wohnung kostet schon fast 1200 Euro monatlich", rechnet Frau Harmsen vor. "Wer nur eine Witwenrente hat, behält kaum was übrig". Sie selbst bekommt zum Glück eine eigene Rente, weil sie berufstätig war. "Ich bin sehr politisch erzogen worden" sagt sie. Sie versteht nicht, dass sich die jüngere Generation fast widerstandslos die sozialen Errungenschaften wegnehmen lässt, für die sie mit gekämpft hat. Und beantwortet die Frage nach ihrem Vornamen mit "Ursula, die Bärenstarke". Wir sind zuversichtlich, dass sie nicht locker lassen wird, bis ein Vertreter der Stadtwerke bei ihr auf der Matte steht. Und werden sie unterstützen, damit im neuen Herbstfahrplan der kleine Schlenker der Linie 1 zum Haltepunkt "8a" von der Ausnahme zur Regel wird. (iz)

## ADS-Kinder

### Sie wollen, wie sie sollen. Aber sie können nicht, wie sie wollen.

(noa) Sie beschreiben ihre Kinder u.a. als liebevoll, kreativ, ausdauernd, aber auch als rücksichtslos, zerstörerisch und schnell frustriert. Eltern von Kindern mit dem "Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom" haben eine Menge Kummer und Sorgen, die andere Eltern nicht haben. Außer mit den besonderen Anforderungen ihrer Kinder haben sie jedoch auch noch mit der mal unterschwellig, oft jedoch auch ausdrücklich geäußerten Unterstellung zu kämpfen, sie würden ihre Kinder falsch erziehen.

"Weit über 300.000 Kinder in Deutschland leiden unter dem ADHS, dem Aufmerksamkeits-Defizits-Hyperaktivitäts-Syndrom, auch als Zappelphilipp- oder Traumsusen-Verhalten bekannt geworden. Die einen sind unruhig, können sich nicht konzentrieren. Die anderen dösen vor sich hin, die nächsten sind aggressiv, bockig." (Jo Kanders, Medizinjournalist, im Artikel "Ist mein Kind fit für die erste Klasse?" in der WZ vom 19.06.04) Ein betroffener Wilhelmshavener Vater sagte uns, dass von jedem ADHS-Kind sehr viele andere Menschen direkt oder indirekt beeinträchtigt werden, beeinträchtigt insofern, als dass das Kind Lehrkräfte oder ErzieherInnen durch seine extreme motorische Aktivität zur Verzweiflung treiben kann, die KameradInnen schlägt, ihnen Sachen kaputt macht usw.

Die Eltern dieser Kinder werden häufiger als andere in die Schule zitiert, um sich die "Sünden" ihrer Kinder vorhalten zu lassen. Wir wissen von einem Grundschüler in Varel, dessen Verbleib auf der Schule davon abhängig gemacht wurde, dass er mit Ritalin mediziert wurde.

Ob es gut und nützlich oder im Gegenteil gefährlich ist, einem Kind Medikamente zu verabreichen, die es an die Verhaltens- und Leistungsanforderungen der Gesellschaft anpassen, ist eine von vielen Fragen, die Eltern betroffener Kinder sich stellen.

Die Selbsthilfegruppe für Eltern von Kindern mit ADS/ADHS, eine Elterngruppe der Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V., setzt sich mit dieser und den vielen anderen Fragen auseinander. "Wir verstehen, helfen, beraten, tauschen Erfahrungen aus, vermitteln und hören zu", so beschreibt die Gruppe ihr Angebot an andere betroffene Eltern.

Über die regelmäßigen Treffen hinaus organisiert diese Gruppe gelegentlich Veranstaltungen zu Themenschwerpunkten, zu denen Fachleute als Referenten eingeladen werden. Seit Bestehen der Gruppe gab es zahlreiche Veranstaltungen zu allen möglichen und bewährten Therapieformen, über die mittlerweile viele betroffene Eltern gut informiert sind. Die Selbsthilfegruppe will sich deshalb auch mit weitergehenden Themen auseinandersetzen. Im Juni sprach René



Grotzek von der Suchtberatungsstelle der Diakonie zu der Frage: "Was brauchen Kinder und Jugendliche, um nicht süchtig zu werden?" Diese Frage ist für Eltern von ADHS-Kindern besonders interessant, da vielfach gewarnt wird, die Medikamentengabe schon im Kindesalter bahne ein vermeintlich einfaches Problemlöseverhalten an nach dem Motto "für jedes Zipperlein eine Pille, und man muss sich nicht mehr selber anstrengen".

Diesbezüglich konnte Grotzek die anwesenden Eltern beruhigen: Eine Untersuchung an 1000 ADS-Kindern ergab, dass ihr Risiko, irgendwann einmal zu Suchtstoffen zu greifen, nicht erhöht ist - eine größere Suchtgefahr wegen Ritalin-Medikation ist nicht nachweisbar.

Voraussichtlich wird das Thema die Gruppe auch weiterhin beschäftigen, ebenso wie viele andere Fragestellungen, die sich aus der besonderen Lage von Familien mit ADHS-Kindern ergeben. Neue TeilnehmerInnen sind willkommen.

Die ADS-Elterngruppe trifft sich jeweils am zweiten Dienstag im Monat um 20.15 Uhr im Elke-Walter-Haus der Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V. in der Friedrich-Paffrath-Straße 114. Ansprechpartnerinnen sind Carena Friedrichsen (04423 - 7147) und Sabine Loyal (bine2@ewetel.net); die Leitung hat Doris Matzura von der WiKi (Tel. 98840). Zum nächsten Treffen am Dienstag, den 10.08.04, sind alle "Alten" und "Neuen" recht herzlich eingeladen.

Jonathan



Naturkost

### Unser Bio-ABC:

Ayurvedische Tees, Braunhirse, Camembert, Dinkel, E'sener Brot, Flohsamen, Grüntee, Honig, Ingwer, Jasminreis, Kamut, Lavaerde, Mango(Id), Naturkosmetik, Olivenöl, Pesto, Quittensaft, Rucola, Schafsjoghurt, Tofu, Ursäfte, Vanille, Weine, Xanthophylle, Yogitee, Ziegenkäse. Zum Beispiel ...

Wilhelmshaven, Marktstraße 94, Tel.+Fax: 04421/13438



**VOM 23. JUNI 2004**  
zusammengekehrt von Imke Zwoch

Fast eine Stunde wurde der erste Tagesordnungspunkt - auf Nebenkriegsschauplätzen - strapaziert. Fußballfans rechneten mit dem Schlimmsten, doch eine Stunde später, lange vorm Anpfiff, waren auch die restlichen 20 Entscheidungen des öffentlichen Teils durchgepeitscht. Man muss einfach Prioritäten setzen!

Eigentlich war unter TOP 1 nur die Stellungnahme der Stadt zum Planfeststellungsverfahren JadeWeserPort abzusegnen. Da im Rat alle bis auf einen jeder Entscheidung pro JWP unbesehen zustimmen, eigentlich eine 5-Minuten-Sache. Für die Sprecher von CDU und SPD jedoch Anlass, eine Stunde lang (!) einen Haufen schmutziger Wäsche über jenen einen auszubreiten, nämlich Joachim Tjaden (WALLI).

### KEINE AHNUNG?

Den Anfang machte Günther Reuter (CDU): "Ich zitiere aus dem letzten GEGENWIND" - alle Augen fixierten die Pressebank - "Herrn Tjaden:" - Augen zurück - "Da die Ratsmitglieder wieder einmal nicht wussten, worum es ging, stimmten sie voller Freude für den Antrag", las Reuter vor. Ein Aufschrei der Empörung einte die von Tjaden als unwissend Bezeichneten. SPD-Sprecher Siegfried Neumann betonte, die Kollegen seien bestens informiert.

### KEINE AHNUNG!

Etliche Tagesordnungspunkte später wurde kurz thematisiert, ob man Gelder besser für Schul- oder für Straßensanierung einsetzen sollte. Dazu Neumann: "Mensch, Kinders, im letzten VA haben wir für etwa 300.000 Euro Straßensanierungen beschlossen, und ich bin überzeugt, dass keiner von euch wusste, worum es da im Einzelnen ging!" Sah ich da ein feines Lächeln über Tjadens Gesicht huschen? Nach Rücksprache mit Dr. Markus Merck vergeben wir für Neumanns Eigentor 😊😊

### HEILIGE KUH

Tjaden versuchte seinen Kollegen nahe zu bringen, wie man sich umfassend informieren kann. Neben intensiven Recherchen im Rathaus fährt er auch zu überregionalen Tagungen. Neulich, erzählte er, ging es in Berlin um Schiffssicherheit an der Nordseeküste. Das war das Stichwort für die nächste Klaskenkeile. Es gäbe überhaupt keinen Anlass, an der Sicherheit des Wilhelmshavener Hafens zu zweifeln, tönte ein vielstimmiger Chor, schließlich hätte sich Wilfrid Adam jahrelang dafür eingesetzt. Der müsse unbedingt Hafenmanager werden, setzte Michael von

Teichman (FDP) noch oben drauf. Tjaden hatte zwar weder "Wilhelmshaven" noch "Adam" thematisiert, aber mancher hört nur, was er hören will. 😊

### JE NACHDEM

Tjaden versuchte immer wieder zum Thema zurückzukommen, also der Stellungnahme, die er um einige Punkte ergänzen wollte: Mit dem Bau des Containerhafens gehen wichtige Freizeitwerte verloren (z. B. Geniusstrand, Campingplatz), für die vom Träger der Planung (Land Niedersachsen) Ersatz gefordert werden kann. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt sich seit längerem den Kopf zerbricht, wie ein Ersatz für die maroden Schwimmbäder zu finanzieren sei, ein pragmatischer (und planungsrechtlich legitimer) Vorschlag. Wäre er z. B. von Adam gekommen, hätten ihm alle die Füße geküsst. Tjaden aber wurde in der Luft zerrissen. "Gemeinwohl geht vor Entschädigungsforderungen!" trompetete Reuter. Da leiern sie dem Land (pleite) mehrere Hundert Millionen Euro für den fragwürdigen Hafen raus, aber auf 10 Mio für die Grundversorgung der Wilhelmshavener Bevölkerung soll die Stadt (pleite) großzügig verzichten. 😊

**"... und ich bin überzeugt, dass keiner von euch wusste, worum es da im Einzelnen ging!"**

*Siegfried Neumann zum Kenntnisstand seiner Ratskollegen*

### DER GEHEIMNISVOLLE DR. X

Ein medizinisches Gutachten bot Munition für die nächste Breitseite gegen Tjaden. Ein Arzt hat Einwendungen gegen den JadeWeserPort erhoben, weil er um die Gesundheit der Schulkinder in Voslapp fürchtet. Auch wäre der als außerschulischer Lernort dienende Schulgarten nicht mehr nutzbar. "Habenbüchen" fand das Neumann und "infam, den Menschen in Voslapp Angst vor Arbeitsplätzen einzujagen. Wenn die Firmen erst hier sind, haben wir die Masse der Arbeitslosen" - oops! - "äh, Arbeitsplätze." Reuter stieß ins gleiche Horn: "Wir tun mehr für die Kinder, wenn Mutti und Vati einen Arbeitsplatz haben, als mit einem Schulgarten." Dann können Mami und Papi ja eine Playstation kaufen als Ersatz für den Schulgarten. "Das Land hat die Finanzierung zugesichert, damit die Bewohner hier eine Zukunft haben." Und damit sie ihr Versprechen halten können, streichen Reuters Parteikollegen in Hannover u. a. das Landesblindengeld und sechseinhalttausend Stellen in der Landesverwaltung.

Wilfrid Adam verlangte, der Urheber der Kritik solle sich "outen". Nicht nur er wird noch eine Weile vor Neugier zappeln. Tjaden zerstreute geäußerte Vermutungen zur Person des Mediziners. Mit Offenlegung der Einwendungen gegen den Hafen würde der Name bekannt werden.

### BOYKOTT GESCHEITERT

Tjaden beschränkt sich im Rat auf ergebnisorientierte, also wenige und kurze Beiträge. Diesmal brauchte er etwas länger: für seine Vorschläge zur Stellungnahme, zur Richtigstellung polemischer Anwürfe seiner Kollegen und für Versuche, die Debatte wieder auf Sachebene zu kriegen. Das passte dem

## Günstiges Baugeld

### Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen  
Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

SPD-Trio Neumann, Adam und Sabine Gastmann gar nicht. Lautstark tuschelten sie, das sei ja unerträglich, man müsste jetzt geschlossen aufstehen und den Saal verlassen. Also wirklich - jetzt aber - also ... schließlich stand Neumann auf, sprach kurz mit der CDU-Spitze und verließ dann den Saal: "Wir sollten jetzt alle eine Zigarette rauchen gehen." Es war dann wirklich nur eine Zigarette, nämlich seine, die KollegInnen blieben sämtlich sitzen. Sind sie alle so gesundheitsbewusst, legen sie Wert auf demokratische Grundregeln oder war ihnen die Peinlichkeit der Aktion bewusst? 😊

### HALBE SACHEN

Ende August geht unsere langjährige Frauenbeauftragte Jutta Niedersen in den wohlverdienten Ruhestand. Als Nachfolgerin berief der Rat jetzt Ellen Wolbergs - aber nur mit einer Halbtagsstelle! Die Politik setzt hier ein - äh - interessantes Signal. Unlängst wurde nämlich offenkundig, dass unserer schrumpfenden Stadt Frauen im (gebärfähigen) Alter zwischen 20 und 40 fehlen. Wie will man sie zum Hierbleiben bzw. Herkommen bewegen, wenn man gleichzeitig die Belange von Frauen in WHV dermaßen abwertet? 😊😊😊

### INTELLIGENZTEST

In der Regel wissen Fraktionsmitglieder schon vor der Ratssitzung, ob sie zu einem Punkt mit ja oder nein stimmen müssen. Das erspart ihnen das Nachdenken. Was aber, wenn zu einem TOP mehrere - verschieden formulierte - Anträge vorliegen? Böse Falle! Thema: Der STV Voslapp will eine Motocrossanlage einrichten. Alle ins Auge gefassten Flächen scheiden jedoch aus rechtlichen Gründen aus. Also war der Rat sich einig im Ziel, alle Anträge des STV abzulehnen. Doch der Weg dahin war steinig. Nachdem die vertrackte Beschlussvorlage schon im Verwaltungsausschuss Verwirrung gestiftet hatte, gab es im Rat vorab genaue Anweisungen auf ABC-Schützen-Niveau. Für Standortvariante 1 hieß der Vorschlag, das erforderliche Verfahren zur Nutzung der Fläche X sei einzuleiten. Also Finger heben bei ...? Natürlich NEIN. Zu Variante 2 lautete die Formulierung, die vorgeschlagenen Standorte YZ seien abzulehnen. Korrekte Abstimmung? Na? Selbstverständlich JA. Ganz einfach, oder? Leider

## Ohne Moos nix los?

Bei uns wird getauscht und nicht bezahlt

**Tauschring Wilhelmshaven**

Kontakt-Tel. 04421 23339

<http://www.tauschring-whv.de>

nicht. Wieder schnellten etliche Finger an der falschen Stelle hoch, Tohuwabohu, und schließlich erbaten sich die Fraktionen 5 Minuten Auszeit, um die komplizierte Materie zu erörtern. Überraschenderweise klappte es am Ende doch noch. PISA-Bewertung: 😊😊

## SARGNÄGEL MIT KÖPFEN

Der Rat leitete die erforderlichen Verfahren ein, um das Freizeitgebiet "Schleuseninsel" als Gewerbegebiet umzuwidmen. Das geplante "Sondergebiet Hafen" soll für Ver- und Entsorgung des in 10 km Entfernung geplanten Tiefwasserhafens genutzt werden. Logistisches Meisterstück, oder?

Die Nutzer der Freizeitgärten, die vor 40 Jahren das zerbombte Gelände von Trümmerschutt befreit und in ein grünes Paradies verwandelt haben, sind schockiert. "Ein sensibles Thema", erkennt Bernhard Rech (CDU) und versucht gleichzeitig, die Verantwortung abzuwälzen: "Wir handeln ja im Auftrag der Eigentümer", nämlich des Nds. Hafenamtes. Und zwar hoch begeistert. Weiter wurde das "sensible Thema" nicht diskutiert, einige blättern angelegentlich im GEGENWIND. Norbert Schmidt (SPD) will als Vorsitzender des Bauausschusses "alles tun, um die Filetstücke östlich der KW-Brücke wirtschaftlich zu nutzen." Gut, dass in gleicher Sitzung beschlossen wurde, jährlich 24.000 Euro in die neue "Ostfriesland Tourismus GmbH" zu stecken. Eine (dann erheblich verkürzte) maritime Flaniermeile direkt neben einem Gewerbepark muss geschickt vermarktet werden, um noch Touristen anzulocken. 😊😊

## SO ODER SO

Bürgermeisterin Marianne Fröhling (Grüne) stänkerte, die WALLI hätte keine Alternative zur Hafenplanung der Ratsmehrheit. Klar, wer keine Mehrheit hat, kann seine Ideen schwerlich durchsetzen. Die Grünen gehören zur Mehrheitsgruppe, haben aber keine eigene Meinung mehr, die sie durchsetzen könnten.

## AUSBLICK

Wir wünschen allen Ratsmitgliedern eine erholsame Sommerpause und bedanken uns bei Herrn N., ohne den unsere Ratssplitter weniger amüsant wären, und bei Herrn R. für die nette Werbeaktion. Trotzdem würden wir uns freuen, wenn ab Herbst öfter mal andere als N., R., v.T. und T. zum Gelingen dieser Kolonne beitragen würden.

# Tief gesunken

## Bei der Europawahl brach Wilhelmshaven einige Minus-Rekorde

(noa) Die Wahl zum Europäischen Parlament liegt schon einen Monat zurück. Doch einige Aspekte der WählerInnenverhaltens in Wilhelmshaven erscheinen uns bemerkenswert genug, um noch darüber zu sprechen: Eine Minusbewegung ist in mehreren Punkten zu verzeichnen.

Tief gesunken ist die Wahlbeteiligung: Nur 33,7 % der Wahlberechtigten stimmten ab; 1999 waren es noch 40,0 % gewesen. Die Wilhelmshavener Wahlverweigerung ist damit deutlicher als andernorts: In Niedersachsen sank die Wahlbeteiligung von 44,2 % 1999 auf 40,1 %; bundesweit von 45,2 auf 43,0 %.

Tief gesunken ist der Stimmenanteil der SPD. "Wer glaubte, die SPD habe mit dem Debakel bei der Landtagswahl Anfang Februar 2003 in Wilhelmshaven ihren Tiefpunkt erreicht, sieht sich getäuscht", schreibt die "WZ" am 14. Juni. 31,66 % der Stimmen bekam sie am 13. Juni, ca. 9 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl und mehr als 14 Prozentpunkte weniger als bei der Europawahl 1999. Allerdings liegt sie damit immer noch deutlich über ihrem Ergebnis im Bundesland (27,8 %) und im Bund (21,5 %).

Nicht ganz so tief gesunken ist die CDU: Erzielte sie 1999 in Wilhelmshaven 41,3 %, so waren es jetzt nur 40,4 %. Diese Verluste sehen allerdings gleich ganz anders aus, wenn man die absoluten Zahlen vergleicht: 8825 Stimmen gegenüber 11174 in 1999 ist denn doch immerhin ein Verlust von 21 %. Geradezu erschreckend ist der Vergleich der absoluten Zahlen jedoch bei der SPD: 6915 Stimmen gegenüber 12405 in 1999 - ein Verlust von 5490 Stimmen, also von 44,3 %! Da sind sich in der "WZ" vom 15. Juni die Vorsitzenden der Unterbezirke Wilhelmshaven und Friesland, Norbert Schmidt und Günther Heuß, einig: "So darf es nicht weitergehen."

Stimmen auf sich vereinigen können, waren es 2004 2,43 % (in absoluten Zahlen: ein Anstieg von 388 auf 530 Stimmen).

Am deutlichsten gewonnen hat in Wilhelmshaven die FDP: Sie konnte ihren Stimmenanteil von 2,5 auf 7,92 % mehr als verdreifachen; auch in absoluten Zahlen (681 auf 1730) ist es ein kräftiger Anstieg.

Ausreißer ist Wilhelmshaven auch in puncto ungültige Stimmen: In diesem Jahr machten 2,4 % der Wähler ihren Wahlzettel ungültig; 1999 waren es 1,0 % gewesen. Eine Erhöhung der ungültigen Stimmen gab es im Bundesland und im Bund zwar auch; der Anstieg ist jedoch in Wilhelmshaven deutlicher als in Bund und Land. Es handelt sich hier eindeutig um eine Form des Protests, wie Wahlamtsleiter Rudolf Perkams feststellt. Man kann vielleicht noch annehmen, dass derjenige, der statt eines Kreuzchens derer drei gemacht hat, die Wahl nicht richtig verstanden hat, doch wer alle Parteien angekreuzt oder alle durchgestrichen hat, sagt damit "Leck mich...". Am deutlichsten ist der Protest, wo er auf dem Wahlzettel schriftlich ausgeführt und begründet wird. Als "Schmähdreden" bezeichnete Perkams die Texte zahlreicher Wahlverweigerer ("WZ" vom 17.06.), davon bezogen sich die Hälfte auf die vor einigen Monaten bekannt gewordenen Abzockereien von Europaparlamentariern aller Parteien, die andere Hälfte lehnt die Einführung des Arbeitslosengeldes II ab. Den höchsten Anteil ungültiger Stimmen (5,48 %) gab es im Wahlbezirk Siebethsburg-Ost; aber auch in allen Banter

Ergebnis der Europawahl 2004 (in Klammern 1999)			
	Wilhelmshaven	Niedersachsen	Bundesrepublik
CDU / CSU	40,4 (41,3)	45,5 (47,2)	44,5 (49,3)
SPD	31,66 (45,9)	27,8 (39,5)	21,5 (30,7)
Grüne	9,06 (4,4)	12,1 (6,1)	11,9 (6,4)
FDP	7,92 (2,5)	6,3 (2,7)	6,1 (3,0)
PDS	2,43 (1,4)	1,8 (1,2)	6,1 (5,8)
Rep	1,18 (1,4)	0,9 (1,0)	1,9 (1,7)
Beteiligung	33,7 (40,0)	40,1 (44,2)	43,0 (45,2)
ungültig	2,4 (1,0)	1,6 (0,8)	2,8 (1,5)

Gesunken ist das Wahlergebnis der Republikaner von 1,4 % (579 Stimmen) auf 1,18 % (257 Stimmen).

Gewonnen haben die Grünen. Sie haben ihren Stimmenanteil von 4,4 auf 9,06 % mehr als verdoppelt; auch in absoluten Zahlen sieht es bei ihnen mit 1979 gegenüber 1180 ganz gut aus.

Ebenfalls gewonnen hat die PDS: Hatte sie 1999 in Wilhelmshaven 1,4 % der gültigen

und Fgrodener Stimmbezirken lag der Anteil ungültiger Stimmen über Wilhelmshavener Durchschnitt (Bant zwischen 2,86 und 4,07 %; Fgrodener zwischen 2,66 und 4,66 %) . Es sind Hochburgen der SPD, in denen überdurchschnittlich viele Menschen noch deutlicher als durch Wegbleiben 'Nein' gesagt haben.

Nicht oder ungültig zu wählen ist ein Mittel, das die Parteien

schmerzlich, nämlich beim Geld, trifft. Laut Parteiengesetz erhalten die Parteien jährlich 0,70 Euro für jede für ihre jeweilige Liste abgegebene gültige Stimme, für die von ihnen erzielten bis zu vier Millionen gültigen Stimmen 0,85 Euro je Stimme. Wilhelmshaven hat kräftig geholfen, Steuergelder zu sparen!

# Woran liegt's?

## Gegenwind-Gespräch mit dem UB-Vorsitzenden Norbert Schmidt über die Lage der SPD

(ef/nea) Die SPD verliert täglich an Zustimmung. Auch in Wilhelmshaven, der SPD-Hochburg, schrumpft die Partei, und bei den verbliebenen Genossen ist die Stimmung schlecht. Auch am Vorsitzenden gibt es viel Kritik. Wir sprachen mit Norbert Schmidt über die Politik der Wilhelmshavener SPD und über die Agenda 2010.

**Gegenwind:** Nach der verpatzten Europawahl hat du gesagt, dass es so nicht weitergehen darf, dass es auch örtliche Konsequenzen geben muss. Was heißt das?

**Schmidt:** Die Situation der SPD ist nicht die beste, auf allen Ebenen; auf kommunaler Ebene, im Lande - die Nicht-Wiederwahl von Wilfrid Adam war kein Betriebsunfall - bis hin zur Europawahl, wo die SPD ein sehr schlechtes Ergebnis erzielt hat. Jetzt geht es darum, Gründe zu suchen oder aber - und das ist meine Aufgabe als SPD-Vorsitzender hier vor Ort - sich für die nächsten Kommunalwahlen/Bundestagswahlen eine Strategie auszudenken, um aus diesem Tal herauszukommen.



Nach der Europawahl 1999 hast du der "WZ" gesagt: "Wir haben in Wilhelmshaven unser Ergebnis zur Europawahl vor 5 Jahren praktisch gehalten. Offensichtlich sind wir auf dem richtigen Weg." Jetzt habt ihr 14 Prozentpunkte verloren. War es doch nicht der richtige Weg?

Das Wahlergebnis jetzt hatte nichts mit Europa zu tun. Für mich steht fest, dass ein Großteil der SPD-Wähler und auch der Mitglieder nicht an die Wahlen gegangen sind, weil eine hohe Unzufriedenheit da ist. Diese hohe Unzufriedenheit hat vielschichtige Gründe.

Man hört aus Wilhelmshavener SPD-Kreisen viel Kritik am Unterbezirk und speziell an dir. "Noch nie", so heißt es, "sind wir so schlecht unterrichtet worden wie unter Norbert Schmidt." Viele Genossen sagen, du trittst nur in Erscheinung als Vorsitzender des Rates und des Bauausschusses, aber deine Aufgaben als UB-Vorsitzender kommen zu kurz.

Die Innovationen kommen doch nicht nur vom 1. Vorsitzenden. Wir haben einen Vorstand, wir haben einen geschäftsführenden Vorstand, der UB-Vorstand tagt öffentlich. Jeder kann Fragen und Anträge stellen - aber da kam nichts.

Als wir das letzte Mal mit dir gesprochen haben, hast du gesagt, du willst Pflöcke einschlagen. Dazu bist du eigentlich nicht gekommen, oder?

In welcher Hinsicht?

Nun, du wolltest u.a. zehn Arbeitskreise einrichten und damit Schwung in die Parteiarbeit bringen. Wie wir gehört haben, tagt z.B. der AK Europa nur vor der Europawahl.

Das stimmt nicht. Europa ist ein wichtiges Thema. Es ist doch klar, dass vor der Europawahl mehr Sitzungen stattfinden und Referenten eingeladen werden. Ja, wir haben Arbeitskreise gegründet, aber ihr wisst ja, wie das ist, da kommen ja kaum noch welche. Aber deswegen gebe ich nicht auf.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass die Wirtschaftsförderung - da gibt es auch zwei Arbeitskreise - von zentraler Bedeutung ist. Der JadeWeserPort ist ein zentrales Projekt. Da haben wir die Chance, Hunderte von Menschen in Arbeit zu kriegen, und uns werden ständig Knüppel zwischen die Beine geworfen. Die den JWP wollen, das sind doch keine Blöden! Das sind Leute, die Milliarden investieren wollen, das sind private Investoren, auch wenn der Betreiber nun noch nicht fest steht, das wird ja noch ausgeschrieben. Da wird fürchterlich dran gearbeitet. Es ist ganz wichtig, gerade im Bereich Wirtschaftsförderung alle Kräfte zu mobilisieren, auch über den JadeWeserPort hinaus nach Möglichkeiten zu suchen, in Wilhelmshaven Potenzial zu halten. Wir haben ja Schwierigkeiten mit dem demografischen Faktor. Es gibt "Worst-Case"-Betrachtungen, dass die Einwohnerzahl auf eine Zahl X zurückgeht, das hat etwas mit der Wohnungswirtschaft zu tun, das hat mit Arbeitsplätzen zu tun, das hat mit Schulen zu tun, da arbeiten wir jeden Tag sehr intensiv und sehr verantwortlich dran.

In diesem Jahr gab und gibt es keinen Unterbezirksparteitag. Wie kann das angehen? Sollte die SPD nicht gerade jetzt Flagge zeigen?

Stimmt, wir haben keinen UB-Parteitag dieses Jahr. Wir machen nächstes Frühjahr einen Wahlparteitag. Und dann werden wir uns auch eine Strategie für die Kommunalwahl und die Bundestagswahl ausdenken.

Die SPD hat seit 1998 rund 100.000 Mitglieder verloren, im Bezirk Weser-Ems haben im letzten Jahr 1640 Genossen die Partei verlassen, das sind 6,9 %. Im Unterbezirk Wilhelmshaven haben 102 Mitglieder, das sind 10 %, ihr Parteibuch zurück. Dein Ortsverein Neuengroden ist in den letzten Jahren von etwa 90 Mitgliedern auf jetzt 46 geschrumpft. Was macht die Partei falsch?

Das Problem ganz generell ist: Wie kommt es eigentlich zu einer derartigen Stimmung in unserer Gesellschaft? Die ist ja nicht erst seit einem Jahr da, und die ist auch nicht erst seit der Agenda 2010 da. Ein ganz entscheidender Punkt liegt sicherlich in der Wiedervereinigung, wo der Bürger belogen worden ist, und dann die ganzen Skandale um CDU-Mitglieder.

Ich krieg das jeden Tag in meinem Leherzimmer mit, da werde ich gefragt über Vodafone und andere Dinge, da sagen sie mir, da werden die Millionen weggeschoben und den Arbeitslosen zieht man das Geld aus der Tasche. Das empfinden die Menschen als soziale Ungerechtigkeit. Ohne genau sagen zu können, wie viel der einzelne Arbeitslose nun bekommen wird, stehe ich zur Agenda 2010. Aber der Bürger ist überfordert worden mit der Vielzahl der Probleme. Das ging schon los mit den 10 Euro, die man beim Arzt bezahlen muss - dafür konnten wir ja nichts, das kam ja aus dem Ver-

mittlungsausschuss - und das ging bei vielen anderen Fragen weiter, und niemand wusste genau Bescheid.

Du hast die Agenda 2010 beim Bundesparteitag gutgenickt. Aber in Wilhelmshaven hat kein Ortsverein die Leute darüber aufgeklärt. Es gab keine einzige Ortsvereinsitzung zu diesem Thema.

Das ist auch schwierig, weil man lange über die Feinheiten nicht Bescheid wusste. Wie diskutiert man die Feinheiten im Vorfeld, wenn die noch gar nicht feststehen? Das war ja auch so bei der Gesundheitsreform. Du gehst da in eine Veranstaltung, redest über die Reformen im Gesundheitswesen, und dann fragt dich einer, was "chronisch krank" heißt oder wie das mit den Zuzahlungen ist.

Dann muss die Friesländer SPD die Agenda 2010 anders verstanden haben, denn der Unterbezirk Friesland hat ja mehrere Anträge dazu gestellt.

Das weiß ich nicht, ob Friesland zum Bundesparteitag Anträge dazu gestellt hat.

Aber die Informationsebene war schon immer schwierig in der Politik. Es ist ganz schwierig, an junge Leute ranzukommen. Oder an Betroffene, Kranke. Das haben wir dann in Wahlkampfzeiten versucht mit den Wilhelmshaven-Gespächen, wo wie die einzelnen Institutionen eingeladen haben. Immer mehr sagt der einzelne Bürger: Man kann ja sowieso nichts machen.

Nach dem Bochumer Parteitag gab es das Mitgliederbegehren, und es wurden 21.000 Unterschriften gesammelt. In Wilhelmshaven hat man von dem Mitgliederbegehren nichts gehört. Warum habt ihr das nicht weitergegeben an die Ortsvereine? Wolltet ihr das nicht?

Ich habe nie Interesse daran gehabt, etwas hinter verschlossenen Türen zu halten. Es ist alles offen gemacht worden. Aber es war keine Resonanz da.

Ich habe der Agenda 2010 zugestimmt, aber ich kannte die einzelnen Werte nicht. Ich wusste wohl, dass es zu Kürzungen kommen würde, aber wenn die Leute dann schnell wieder in Arbeit kommen, dann relativiert sich das alles wieder. Aber das scheint im Moment noch ein wenig nebulös zu sein.

Das Problem ist: Wir können ja immer nur bestimmte Rahmen verabschieden, nicht die Einzelheiten. Agenda 2010 heißt ja: Was ist zu tun, wie müssen wir die Weichen neu stellen, und wie kriegen wir dann die Informationen an die Bürgerinnen und Bürger heran? Alle sagen, so kann es nicht weitergehen, es ist kein Geld da, wir brauchen Reformen. Ich stehe auch nach wie vor hinter diesen Reformen. Man hat dabei nur nicht bedacht - auch ich nicht - dass der Bürger bei der Vielzahl der Reformen überfordert ist. Die Ausführungsbestimmungen bei den einzelnen Reformen dieses Pakets sind mir z. T. bis heute nicht klar. Z.B. bei Hartz IV: "Fördern und fordern" ist eindeutig richtig. Bei der Umstrukturierung der Bundesanstalt zur Bundesagentur für Arbeit wird man sicherlich zu mehr Qualität kommen. Ein Berater wird weniger Arbeitslose zu betreuen haben.

Wo es aber keine Arbeit gibt, nützen auch mehr Beschäftigte beim Arbeitsamt nichts.

Das ist ja das Problem. Man wollte sich ja von ABM und so trennen, weil man auf den 1. Arbeitsmarkt setzen wollte, aber jetzt hat ja sogar die CDU gesagt, dass man in dieser schwierigen Situation um ABM nicht

umhin kommen wird. Das sehe ich genauso. Und da sind wir bei der schwierigen Frage: Wo wollen wir die Arbeitslosen unterbringen? Es gibt sicherlich Nischen im Niedriglohnbereich, aber da kommt der zweite kritische Punkt: Wie weit will ich z.B. einen Diplom-Ingenieur runterziehen, denn da unten sind ja auch schon welche, die untergebracht werden müssen.

Jetzt ist alles zumutbar: Wenn du als Berufsschullehrer arbeitslos würdest, könnte man dich auch zum Kloputzen verdonnern, u.U. in Teilzeit.

Das ist für mich nur theoretisch. Ich bin der Meinung, dass das alles erst wesentlich später greift, dass wir mehr in Bildung investieren müssen, dass wir versuchen müssen zu qualifizieren, dass wir versuchen müssen, Neugründungen in Wilhelmshaven und Umgebung in Gang zu setzen. Aber das sind ja Dinge, die greifen nicht am 1.1.2005.

Aber was am 1.1.2005 schon greift, ist, dass ein Langzeitarbeitsloser auf 345 Euro gedrückt wird.

Also da geht es jetzt um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Und da sollen, wenn man mal ganz fair an die Sache rangeht - das ist jedenfalls mein Kenntnisstand - allein Erziehende oder Familien mit mehreren Kindern angeblich besser gestellt sein als vorher.

Das stimmt nicht.

Ja, aber das habe ich ja schon gesagt, dass man diese Dinge im Einzelnen mal wirklich nachvollzieht. Das ist ja oft so, dass man nur an der Oberfläche redet. Aber wenn es dann um Einzelschicksale geht, da findest du immer Leute, die da runterfallen. Und das wollen wir nicht.

Das werden keine Einzelschicksale sein, sondern 6 Millionen Menschen, die ab 1.1. arm sind. Die Arbeitslosen werden auf Sozialhilfeniveau gedrückt.

Ja, sie kriegen teilweise weniger, das ist richtig.

Wir brauchen die Reform, und die Sozialdemokraten hatten viel Mut, die ganzen Reformen jetzt auf einen Schlag durchzusetzen. Das Gesamtpaket hat in seiner Geschwindigkeit den Bürger überfordert. Wenn die maßgeblichen Reformen schon vor 16 Jahren begonnen hätte, hätte man die Kostensteigerungen ganz anders abfedern können. Jetzt steht man vor einer Bruchsituation, wo man viele Dinge viel zu schnell durchsetzen muss, und es gibt Schwierigkeiten in der Umsetzung. Ich bin mal gespannt, wie unsere Freunde das schaffen. Es gibt ja Kritiker, die Hartz IV aufschieben wollen, aber wie Schröder gesagt hat: Da müssen wir jetzt durch.

Kommen wir noch mal auf Wilhelmshaven zurück. Die SPD hat Wilfrid Adam nach seiner Abwahl als MdL einen prima Arbeitsplatz beschafft. Da bekommt ein Genosse einen hoch dotierten Job. Viele Leserbriefschreiber haben sich darüber aufgeregt. Kannst du diese Kritik verstehen?

Dass Adam nicht wieder in den Landtag einzuziehen würde, kam überraschend. Er hat in Hannover viel für Wilhelmshaven erreicht und versteht etwas von Häfen. Dass man dann sieht, wie man ihn entsprechend einbinden kann, das hat etwas mit Haltung und Anstand zu tun. Nach 20 Jahren gemeinsamer politischer Arbeit lasse ich niemanden fallen!

Vielen Dank für das Gespräch.

# Für eine soziale Politik!

## Arbeitnehmerbegehren der Gewerkschaften gegen Sozialabbau

(noa) "Industrie baut auf Schröder", war ein WZ-Artikel am 16. Juni überschrieben. Der Bundesverband der Deutschen Industrie verlangt vom Kanzler die Fortsetzung der Reformpolitik und sichert ihm zu, dass er weiterhin auf die Unterstützung der Industrie rechnen kann.



Keine Unterstützung bekommt der Kanzler vom Wahlvolk. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament hat die SPD eine deutliche Quittung bekommen. In Thüringen, wo am gleichen Tag die Landtagswahl stattfand, ist die SPD gar zur "dritten Kraft" abgesunken.

Ebenfalls keine Unterstützung bekommt der Kanzler von den Gewerkschaften. Seit Anfang Juni läuft ein Arbeitnehmerbegehren, das die IG Metall initiiert hat und das von allen Gewerkschaften, je unter

ihrem eigenen Label, mitgetragen wird. Im Text des Arbeitnehmerbegehrens wird darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung ihre Politik für die Reichen macht und die Armen dadurch ärmer werden. Die Regierenden behaupten, dass es nicht anders gehe. Dem setzt die IGM entgegen: "Es gibt Alternativen!" Aufgeteilt nach den Bereichen Steuerpolitik, Gesundheitspolitik, Alterssicherung, Arbeitszeit und Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nennt der Text diese Alternativen. Am Ende sind sie wie folgt zusammengefasst:

Wir brauchen mehr umweltverträgliches Wachstum, mehr Beschäftigung, mehr Chancengleichheit und mehr sozialen Zusammenhalt. Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten sind der falsche Weg. Sie führen zu mehr sozialer Ungerechtigkeit

### Wir fordern:

*Ein gerechteres, einfacheres und ergiebigeres Steuersystem - mit einer Vermögenssteuer, die große Vermögen ausreichend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt!*

*Statt Praxisgebühren und Rentenkürzungen - eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und bei der Alterssicherung!*

*Die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung!*

*Mehr Investitionen und soziale Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung!*

*Statt Arbeitszeitverlängerung - humane Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit für Männer und Frauen!*

### Die Schere öffnet sich

Anteil von Gewinn-/Vermögenssteuer und Lohnsteuern am Gesamtsteueraufkommen 1970 bis 2002 - Angaben in Prozent -



Quelle: DGB-Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamts

*Statt Niedriglöhnen, verschärften Zuzuschlagsregelungen und weniger Leistungen für Arbeitslose - mehr Kaufkraft und Einkommen, die zum Leben reichen!*

Die Wilhelmshavener IGM geht mit diesem Arbeitnehmerbegehren u.a. auf Betriebsversammlungen und in die Fußgängerzone. Ob es am Ende ein "richtiges" Volksbegehren wird, ist offen; es hängt mit davon ab, wie viele Menschen es mit ihrer Unterschrift unterstützen. Bis Oktober jedenfalls werden Unterschriften gesammelt und diese dann dem Kanzler übergeben.

**Wer das Arbeitnehmerbegehren unterstützen und im Bekanntenkreis oder im eigenen Betrieb Unterschriften sammeln möchte, kann bei der IGM in der Weserstraße 51 Listen bekommen.**



und verschärfen die wirtschaftlichen Probleme, statt sie zu lösen. Alternativen zur Politik von Rot-Grün, aber auch zu den Kahl-schlagskonzepten von Schwarz-Gelb sind machbar und überfällig. ...

# Nix mehr für lau in WHV

## Neue Gebühren in der Stadtbücherei

(sch) Da haben sich unsere demokratisch gewählten Repräsentanten wieder einmal etwas Feines ausgedacht: Der Stadtrat beschloss kürzlich eine Änderung der Entgeltordnung für die Stadtbücherei. Ab sofort kostet das Ausleihen von CDs (0,20 €), DVDs (1,00 €) und Computerspielen (1,00 €) richtig Geld, obwohl man ja schon für die Jahreslesekarte (16 bzw. 8 €) zur Kasse gebeten wird.

Was unsere Ratsherren und Ratsfrauen mit dieser Entscheidung angerichtet haben, ist ihnen vermutlich gar nicht wirklich bewusst - soviel zu ihrer Verteidigung. Die Stadtbücherei war bisher sicherlich einer der wenigen Pluspunkte unserer Stadt, und die Musikbücherei insbesondere ist eine hervorragende Einrichtung, vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene. Man kann dort nach Belieben stöbern und entdeckt immer wieder CDs, die man sich zwar nie kaufen würde, die aber trotzdem absolut hörens-wert sind. Das Tolle an der Musikbücherei war bisher, dass man ausprobieren durfte nach Herzenslust. Immer wieder stößt man dort auf Bands und Künstler, die in keinem Laden zu finden sind. Und wenn doch, sind einem die Namen einfach kein Begriff und ein Kauf für teures Geld wäre besonders bei den heutigen Preisen zu riskant. Doch in der

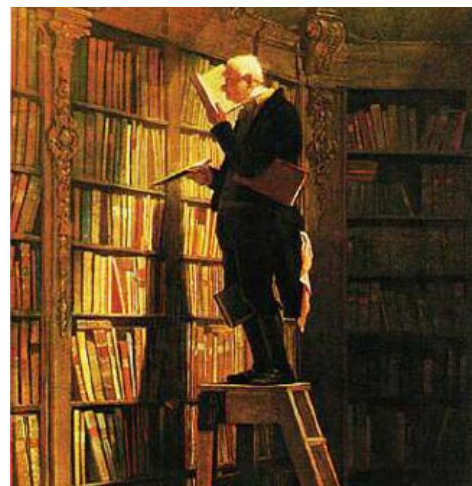
Musikbücherei nahm man mit, was auch immer interessant klang, und fand so des Öfteren ungeahnte Schätze.

All dies ist in Zukunft nicht mehr ohne weiteres möglich. Natürlich, 0,20 € ist nicht unbedingt viel Geld für eine CD, aber man wird wohl in Zukunft immer erst zweimal nachdenken, bevor man sich entscheidet, ob man einen bestimmten Tonträger entleiht oder sich das Geld spart. Die neue Entgeltordnung bedeutet das Ende der Freiheit, der Spaß geht verloren, es gibt halt nichts mehr umsonst.

Gerade heute, da man sich wieder einmal verstärkt um die demografische Entwicklung der Stadt sorgt, ohne wirkliche Lösungsvorschläge parat zu haben - was auch nicht unbedingt einfach ist - ist die Einführung von neuen Gebühren in der Stadtbücherei sicherlich das falsche Signal. Die Anziehungskraft der Bücherei für Jugendliche wurde damit entschieden gesenkt, was die Attraktivität der Stadt für diese für die Zukunft so außerordentlich wichtige Gruppe mehr als zuvor gegen Null streben lässt.

Diese Entwicklung ist zwar bestimmt kein Grund, um aus Wilhelmshaven wegzuziehen, wird den Abschied andererseits so manchem auch nicht gerade erschweren.

Ein weiterer fataler Aspekt der neuen Entgeltordnung ist die Verdoppe-



lung der Gebühr für die Fernleihe. Wo bisher 1,50 € fällig wurden, müssen ab sofort 3,00 € abgedrückt werden, will man sich wissenschaftliche Literatur bestellen, die in Wilhelmshaven nicht zu kriegen ist; 3,00 € pro Bestellung, versteht sich. Für Studenten oder Schüler, die gerade an ihrer Facharbeit basteln, ist diese Gebühr ein herber Schlag. Da hört man allerorten von der Bedeutung des "Rohstoffes Bildung" für Deutschland und von der gezielten Förderung von Wissenschaft und Forschung, wird aber selbst immer stärker zur Kasse gebeten und somit bei der eigenen Arbeit behindert, sobald man sich in dieser Richtung engagiert. Es kommt einem manchmal so vor, als habe unser Stadtrat ein unglaubliches Talent dafür entwickelt, genau an den falschen Enden zu sparen.

Da passt es ins Bild, dass die FDP die Entgeltpflicht am liebsten auch auf Druckmedien ausdehnen würde, damit ein jeder begreift, dass es in Wilhelmshaven nicht alles umsonst gibt. Da wird die Vermittlung der Erkenntnis "Man bekommt im Leben nichts geschenkt" über die Notwendigkeit der Möglichkeit zur freien Informationsbeschaffung gestellt. Nur weiter so, auf das es auch der letzte versteht: Es gibt nix mehr für lau in WHV!

**www.patch-n-quilt.de**  
mit Onlineshop



**Patch 'n Quilt**  
*Quilts von Leidenschaft*  
in der Marktstraße

Alles für  
Patchwork  
und Quilts,  
Stoffe, Zubehör,  
Vliese, Schablonen,  
englische und französische  
Bücher und Fachzeitschriften,  
individuelle Beratung,  
Kurse, Workshops, Fertignadungen,  
Drammores, Riese-Stevens-Design

Marktstraße 21  
57258 Freudenberg

Fon: 02734- 436 888  
(tagl. 10-18 Uhr)

Fax: 02734- 435 620

e-mail: info@patch-n-quilt.de

### Anzeige

## Arroganz und fehlende Alternativen zum JWP...

... hat die Bürgermeisterin Fröhling ( Grüne ) dem Ratsvertreter der WALLI, Herrn Tjaden, in der letzten Ratssitzung vorgeworfen.

Herr Tjaden wollte seinen Ratskollegen einmal wieder Informationen bzgl. des JWP's zukommen lassen, die er in Bremen, Hamburg und Berlin gesammelt hatte. Das sollte dem Rat helfen, sich mit fundierten und vernünftigen Argumenten im Planfeststellungsverfahren zu äußern. Auf eigene Kosten, um der Sache willen, versucht Tjaden seit seiner Wahl unermüdlich, Sachinformationen zu verbreiten.

Es liegt uns fern, etwaige Ratsmitglieder mit Attributen wie Arroganz zu versehen, obwohl wir Adressaten genug hätten! Frau Fröhling allerdings gehört nicht dazu, dafür äußert sie sich zu selten - grüne Politik gibt es in Wilhelmshaven nicht mehr !

Aber zum zweiten Vorwurf, Herr Tjaden nenne keine Alternativen zum JWP, wollen wir uns als WALLI äußern. Unsere Alternativen sind im Rat nicht gefragt - alle kleinen und großen Anfragen werden von den großen Fraktionen abgelehnt. Der OB selbst hat in der letzten Ratssitzung den Vorschlag einer für alle zugänglichen Ideenbörse abgelehnt. Unser Programm von 2001 enthält eine Fülle von Alternativvorschlägen. Hier seien aus Platzgründen nur einige genannt:

1. Sanften Tourismus entwickeln (Spiekeroog geht's gut damit)
2. Bestehende Hafenanlagen **nutzen**
3. Solarprogramm auflegen (vielleicht kommt dann Reichelt zurück?)
4. Öko-Gewerbepark einrichten (vielleicht kommt dann Biopin zurück?)
5. Kitas, Schulen, Freizeit so optimieren, dass Menschen hier wohnen wollen, obwohl sie z.B. in Oldenburg arbeiten.

WALLI wird diese Reihe fortsetzen - und selbstverständlich kritisch bleiben, auch und gerade um die Meinungsbildung in dieser Stadt ein Stück weit zu prägen !

**Einen schönen Sommer (auch für Frau Fröhling und den OB) wünscht WALLI.**

### Treffen der WALLI:

Jeden 1. u. 3. Montag im Monat  
um 20.00 Uhr in der Gaststätte  
"Am Kreuzelwerk"  
Freiligrathstr. 432, WHV

### WALLI

Wilhelmshavener Alternative Liste  
Tel./Fax: 04421 879249  
Internet: walli-whv.de  
E-Mail: Joachim-Tjaden@freenet.de

### Spendenkonto:

Postbank Hannover  
Konto Nr. 902894-309  
BLZ: 250 100 30  
Spendenquittung